Nr. 366 ♦ 37. Jahrgang
Ausgabe A Nr. 46

Morgen-Ausgabe

30 Pfennig

Bezugspreis:
Wöchentlich 30,— Mk., monatl. 10,— Mk. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 10.— Mk., exkl. Zustellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich 16.10 Mk., für das übrige Ausland bei täglich einmal. Zustellung 21.50 M. Bestellungen nehmen an Oesterreich, Ungarn, Tschecho-Slowakei, Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden und die Schweiz. — Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste.
Der „Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage „Volk u. Zeit" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die achtgespaltene Nonpareillezeile kostet 3.— M., Teuerungszuschlag 50%. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 1,— M. (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 60 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 65 Pfg., jedes weitere Wort 40 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Teuerungszuschlag 50%. Familien-Anzeigen für Abonnenten Zeile 2.— M., politische und gewerkschaftliche Vereins- Anzeigen 3.— Mk. die Zeile ohne Aufschlag. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190—15197.

Freitag, den 23. Juli 1920

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753—54.

Sforza über Spa.

Rom, 22. Juli. (Stefani.) Der Minister des Aeußeren, Graf Sforza erklärte in Beantwortung mehrerer Anfragen über die auswärtige Politik in der Kammer zur Kohlenfrage: Nach dem Vertrage von Versailles hätte Italien Deutschland das Darlehn verweigern können, das sich aus dem Unterschied zwischen dem vom Friedensvertrage festgesetzten Mindestpreis und dem wirklichen Preis ergibt, aber dann würden die deutschen Bergarbeiter nicht gearbeitet haben und hätte man, um Kohle zu erhalten, das Ruhrgebiet besetzen müssen. Dies sei durch seine Vermittlung verhindert worden.

Weiter sagte er: Im Anbeginn einer europäischen Regelung nach dem Kriege muß man nicht Wunder verlangen. Um zu einem Urteil über Spa zu gelangen, muß man vor allem an die Abgründe denken, die sich vor der Konferenz aufgetan hätten, wenn sie plötzlich abgebrochen wäre, wie man es einmal befürchtet hat. Mein ganzes Bestreben lag darin, diese Gefahren zu vermeiden und Europa auf einen fruchtbareren Weg zu führen.

Meine Kollegen auf der Konferenz sahen nämlich ein, daß meine Bemühungen und selbst die Einwände, die ich mehrmals gegen gewisse Anschauungen vorbrachte, dem herzlichen Wunsche entsprangen, die allgemeinen und gemeinsamen Interessen zu schützen. Ich hoffe, daß das Werk von Spa Früchte tragen wird. Niemand ist vollkommen zufriedengestellt von Spa weggegangen. Keine der Großmächte war vollkommen zufrieden. Auf jeden Fall haben wir die Grundlagen zu einer europäischen Zusammenarbeit gelegt. Es fehlten auch nicht neue Erscheinungen in den Annalen der Diplomatie. So wurde der Bergarbeiter aus dem Ruhrgebiet zugelassen, um den Standpunkt seiner Arbeitsgenossen darzulegen, und man hörte ihm mit Aufmerksamkeit und Achtung zu. Im ganzen glaube ich sagen zu dürfen, daß Italien mit Spa zufrieden sein kann und daß wir die Konferenz als eine glückverheißende Etappe auf dem Wege zu einer europäischen Regelung ansehen können.

Die Zerstörung des „Avanti".

Die römische Presse mit dem „Avanti" solidarisch. — Schwere Zusammenstöße in Rom und Turin.

Mailand, 22. Juli. Infolge der Zerstörung der Druckerei des „Avanti" haben alle Zeitungen in Rom dem sozialdemokratischen Organ ihre Druckereieinrichtungen zur Verfügung gestellt. Die Leitung des „Avanti" hat das Anerbieten des Blattes „Epoca" angenommen. Trotzdem konnte der „Avanti" nicht erscheinen, da die Demonstranten die Zeitungsträger nicht herauskommen ließen. Die Demonstrationen nahmen einen äußerst heftigen Charakter an. In ihrem Verlauf wurden die beiden Deputierten Modigliani und Delacesar verletzt. Modigliani trug eine so schwere Kopfverletzung davon, daß er ins Krankenhaus gebracht werden mußte.

Der „Corriere della Sera" meldet, daß infolge der Nachrichten aus Rom in Turin heftige Demonstrationen stattgefunden haben. Verschiedene Offiziere wurden schwer mißhandelt.

Nach einer Meldung römischer Blätter hat der infolge der Vorgänge in Rom ausgerufene Proteststreik keinen Erfolg gehabt.

Vandervelde und die Kriegspolitik der S.P.D.

Das Hollandsch Nieuwsbureau veröffentlicht nachstehende Meldung aus Brüssel, die einige Worte der Erläuterung unsererseits bedarf. Der Parteivorstand der S. P. D. hat über die Frage der Verantwortlichkeit am Kriege und die Stellungnahme unserer Partei eine Denkschrift verfaßt, die dem bevorstehenden Internationalen Sozialistenkongreß in Genf vorgelegt werden soll und von der eine Anzahl von Exemplaren zu diesem Zwecke bereits dem Internationalen Bureau in Brüssel zugesandt wurde. Da diese Denkschrift ausdrücklich für den Genfer Kongreß bestimmt ist, sollte mit ihrer Veröffentlichung im „Vorwärts" erst nach der Eröffnung des Kongresses begonnen werden. Da nun mit Vandervelde Entgegnung die Polemik über dieses Dokument schon jetzt eingeleitet worden ist, werden wir mit dieser Veröffentlichung früher beginnen müssen. Deshalb auch werden wir auf die Argumente und Behauptung Vandervelde und anderer etwaiger Kritiker erst eingehen, wenn diese Publikation in unseren Spalten erfolgt sein wird.

Brüssel, 22. Juli. (Meldung des Hollandsch Nieuwsbureau.) Der sozialistische Minister Vandervelde wird in der bevorstehenden Konferenz der zweiten Internationale in Genf einen Bericht über die Verantwortlichkeit für den Krieg abstatten. Dieser Bericht wurde gestern im allgemeinen Rat der belgischen Arbeiterpartei genehmigt. Er lautet:

„Die Sozialisten der Zentralmächte haben in der ersten Konferenz 1915 anerkannt, daß die imperialistische Politik aller Mächte indirekt mitverantwortlich für den Weltkrieg gewesen ist. Wenn aber irgend eine Tatsache historisch feststeht, so ist es die, daß die Regierungen der Zentralmächte direkt für die Heraufbeschwörung der Katastrophe verantwortlich sind. Diese Verantwortlichkeit wurde außerdem früher von dem sozialistischen amtlichen Organ, dem „Vorwärts", vor Kriegsende eingestanden. Die Denkschrift, welche die deutschen Sozialisten zur Rechtfertigung ihrer Haltung in Genf einreichen werden, läuft übrigens hinsichtlich ihrer eigenen Verantwortlichkeit auf ein Plaidoyer für mildernde Umstände besonders dadurch hinaus, daß sie auf ihren geringen Einfluß auf die auswärtige Politik hinweist und auf die Furcht, welche der russische Zarismus dem deutschen Volke einflößte. Seit Kriegsanfang haben wir nicht gezögert, diese mildernden Umstände anzuerkennen. Wir können zugestehen und haben das auch immer getan, daß die deutschen Sozialdemokraten sich im Anfang über die unmittelbare Verantwortlichkeit irren konnten und im guten Glauben darüber hätten sein können, daß der Krieg für sie, teilweise wenigstens, ein Verteidigungskrieg war. Dies erklärt, daß sie mit fast allen Stimmen die ersten Kriegskredite annehmen konnten, ohne daß dies aber ihre Haltung rechtfertigte.

Durch die späteren Ereignisse ist es aber vom moralischen Standpunkt aus unmöglich gewesen, bei dieser Ansicht zu beharren. Rosa Luxemburg, Liebknecht, Bernstein und die Unabhängigen haben sich von ihrer Partei getrennt. Die Mehrheitssozialisten hingegen änderten ihre Haltung nicht. Sie haben mit keinem einzigen Wort gegen die Verletzung der belgischen Neutralität protestiert und durch ihre Schwäche sind sie an der Schreckenspolitik und der Eroberungspolitik, welche die kaiserliche Regierung bis zum Ende des Krieges in Belgien und Frankreich geführt hat, mitschuldig geworden. Sie haben kaum ein Wort des Tadels über die Verschleppung der belgischen und französischen Arbeiter geäußert, während die Unabhängigen Sozialisten hingegen gegen diese neue Freveltat protestierten. Sie haben den Frieden von Brest-Litowsk genehmigt, sachlich unterstützt und dadurch eine Wiederaufnahme der internationalen Beziehungen unmöglich gemacht. Dieses ist der Grund, weshalb die belgische Arbeiterpartei sich geweigert hat, nach Stockholm zu gehen. Solange die Sozialisten der Mittelmächte nicht bereit waren, ihre Regierungen dazu zu bringen, die Bedingungen eines demokratischen Friedens anzunehmen, und die Mehrheitssozialisten diese Bedingungen selbst nicht annahmen und sich von der kaiserlichen Politik lossagten, konnten sie sich an der Novemberrevolution erst nach der Niederlage der deutschen Heere beteiligen. Sogar jetzt noch müssen wir feststellen, daß die doppelseitige Haltung vieler deutscher Sozialisten und ihr Zögern, öffentlich die Verantwortung für den Krieg anzuerkennen, nicht geeignet sind, uns Vertrauen einzuflößen, was für eine gemeinsame Aktion der anderen Länder gegen Militarismus und Imperialismus eine Vorbedingung ist. Es ist deshalb notwendig, daß, wenn die deutschen Sozialisten dies nicht genügend klar sehen, die Konferenz selbst die Verantwortlichkeit feststellt, und die Anerkennung der begangenen Fehler verlangt, und auf der anderen Seite nichts unterlassen wird, was die deutsche sozialistische Einheit wiederherstellen kann, in der die einzige tatsächliche und zweckmäßige Sicherheit gegen eine neue Offensive der reaktionären Elemente zu suchen ist."

Adrianopel von den Griechen besetzt?

London, 22. Juli. Der Korrespondent des „Daily Expreß" in Konstantinopel telegraphiert, daß im türkischen Kriegsministerium die Nachricht eingelaufen sei, die Griechen hätten am Dienstag vormittag **Adrianopel besetzt.** Auf ihrem Rückzuge hätten die Türken Feuer in Adrianopel angelegt. Die Brücke zwischen Tschataldscha und Lule Burgas sei zerstört worden.

Athen, 22. Juli. Amtlicher Bericht. Heute früh landeten die Griechen Truppen in der Bucht von Sultanköj-Heraklia und Rodosto in Ostthrazien. Die Landung wurde unterstützt durch englische und griechische Kriegsschiffe. Bei der Ausschiffung in Heraklia und Sultanköj wurden den Griechen Widerstand entgegengesetzt. Heraklia und Sultanköj wurden besetzt. Die Operationen und Ausschiffungen gehen normal weiter. Die türkischen Truppen fliehen ins Innere.

Blut fließt in Belfast.

London, 22. Juli. (WTB.) In Belfast wurden gestern abend und heute früh bei schweren Zusammenstößen zwischen Sinnfeinern und Unionisten drei Personen getötet und 80 verwundet, davon 40 schwer.

Deutschlands Neutralität.

Die Erklärung der deutschen Regierung, daß sie im Kriege zwischen Rußland und Polen — und demzufolge auch im Kriege zwischen Rußland und der Entente — strenge Neutralität zu wahren entschlossen sei, ist in allen Kreisen der Bevölkerung gebilligt worden. Die Frage unserer Stellung zu diesem Krieg wäre mit dieser Erklärung restos gelöst, wenn wir auch die Gewißheit hätten, unsere Neutralität unter allen Umständen aufrechterhalten zu können. Das ist aber leider nicht der Fall. Schon die Notwendigkeit, die ostpreußische Grenze gegen Einfälle versprengter Truppenteile der einen oder der anderen Streitmacht zu schützen, hat zur Gründung von Ortswehren geführt, eine Mitteilung darüber ist nach Paris gegangen, man weiß aber noch nicht, wie sich die Entente dazu stellt. Sie wird es jedenfalls gerne sehen, wenn die Russen daran gehindert werden, deutschen Boden als Aufmarschterrain gegen Polen zu benutzen, sie wird weniger davon erbaut sein, wenn auf deutsches Gebiet abgedrängte polnische Truppenteile entwaffnet und für die Dauer des Kriegs interniert werden. Deutschland darf aber zwischen den Uniformen keinen Unterschied machen, und wenn ihm gesagt würde, daß die Erlaubnis zur Aufrechterhaltung der Ortswehren von einer Differenzierung seiner Unparteilichkeit zugunsten Polens abhängig gemacht werde, so müßte es dieses Ansinnen ablehnen.

Ueberdies ist es klar, daß die im Entstehen begriffene Notorganisation nur regellose Einfälle kleinerer Truppenteile abwehren kann, daß sie aber nicht imstande sein würde, einem organisierten Einmarsch größerer Verbände Widerstand zu leisten. Ein solcher Einmarsch könnte nach Lage der Dinge nur von Rußland erfolgen, das derartige Absichten entschieden ablehnet. Hoffentlich sehen die Machthaber Rußlands auch wirklich ein, daß jeder Versuch, die von der Entente Deutschland aufgezwungene Ohnmacht zu mißbrauchen, die Stimmung ihnen gegenüber aufs ungünstigste beeinflussen müßte.

Eine Erschwerung der Lage besteht ferner auch darin, daß Deutschlands Grenzen im Osten noch gar nicht feststehen. Wohl hat die Volksabstimmung schon stattgefunden, aber die Grenzfestsetzung ist noch nicht erfolgt. Da das Abstimmungsgebiet unmöglich als herrenloses Land betrachtet werden kann, die Ententetruppen aber nicht in der Lage sind, die Neutralitätswacht zu übernehmen, ist das deutsche Verlangen durchaus berechtigt, daß die Ententetruppen nur zur Aufrechterhaltung der Ordnung im Innern verwendet werden, der Schutz der äußeren Grenzen aber deutschen Truppen überlassen bleibt.

Noch problematischer als im Osten steht es mit dem Schutz der Neutralität im Westen. Deutschland besitzt hier überhaupt keinerlei gesicherte Grenzen, wie ihm eben erst bei den Verhandlungen in Spa eindringlichst zu Gemüte geführt worden ist, und es steht hier, entwaffnet, einer so starken disziplinierten Waffenmacht gegenüber, daß der Gedanke an Gewaltproben von vornherein ausgeschaltet werden muß. Darum hat sich Minister Dr. Simons in seiner vorgestrigen Rede im Reichstagsausschuß für auswärtige Angelegenheiten darauf beschränken müssen, zu erklären, daß jeder Versuch der Entente, Truppen- oder Waffentransporte durch Deutschland zu erzwingen, ein Bruch des Völkerrechts wäre, während er zuvor für den Osten gesagt hatte, auf deutschem Boden übertretende Truppen würden entwaffnet und interniert werden.

Nun ist der Gedanke aufgetaucht, den deutschen Neutralitätswillen durch eine gewerkschaftliche Aktion der Arbeiter zu stützen in der Weise, daß für die Leitung unneutraler Transporte durch Deutschland jede Arbeit verweigert werde. Dieser Gedanke ist prinzipiell zu begrüßen. Schwierigkeiten ergeben sich aber bei seiner Ausführung. Denn wenn nach Grundsätzen der Neutralität verfahren werden soll, dann muß genau unterschieden werden, welche Transporte neutralitätswidrig sind und welche nicht. Die Unterbindung jedes Verkehrs nach Polen, also die Blockade, würde nicht Aufrechterhaltung der Neutralität, sondern ihren Bruch zugunsten Rußlands bedeuten.

Deutschland, und ganz besonders auch die deutsche Arbeiterklasse, darf aber keinen Zweifel daran bestehen lassen, daß wirklich jede wie immer geartete Einmischung zugunsten des einen oder des anderen Teils vermieden werden soll. Die Sympathien, die in einem Teil der Arbeiterschaft für Rußland bestehen, und die entgegengesetzten Gefühle, die die Entente einschließlich Polens durch ihre Gewaltpolitik im größten Teil unseres Volkes ausgelöst hat, dürfen daran nicht das mindeste ändern. Nicht durch eigene Schuld dürfen wir Deutschland der Gefahr aussetzen, daß es zum Schlachtfeld Europas wird.

Die Kriege Rußlands sind die ersten, die — nicht für den Sozialismus, aber mit einer sozialistischen Phraseologie geführt werden, so wie der Krieg der Entente gegen Deutschland der erste war, der mit einer demokratischen Phraseologie geführt wurde. Es soll hier nicht näher untersucht werden, ob der Sozialismus Lenins echter ist als die Demokratie

Wilsons — höchstwahrscheinlich sind beide subjektiv ehrlich, aber mit der Ausführung in der harten Welt der Wirklichkeit hat es eben für beide seinen Haken. Erfreulicherweise ist denn auch die deutsche Arbeiterklasse in ihrem allergrößten Teil längst fest in der Ueberzeugung, daß ihr der Sozialismus, den sie erstrebt, nicht auf der Spitze russischer Bajonette dargebracht werden kann.

Es muß aber auch ausgesprochen werden, daß Deutschland kein Interesse an der Vernichtung Polens hat. So sehr auch die — nicht nach eigenem Verdienst — siegestrunkenen polnischen Machthaber am Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes und am Frieden gesündigt haben, so verkehrt wäre es doch, sich der Schadenfreude hinzugeben, weil das polnische Nachbarhaus in Flammen einzustürzen droht. Die Existenz eines selbständigen Polens, das die wirklich polnische Bevölkerung staatlich in sich vereinigt, ist eine europäische Notwendigkeit, sie gefährdet zu haben, ist die Schuld der Ententepolitik und der an ihren Fäden bammelnden Regenten der polnischen Republik. Niemand kann von uns verlangen, daß wir Polen aus der Not helfen, in die andere es hineingebracht haben, aber wir wollen diesen anderen nicht helfen, die Leidenschaften, die sie entzündeten, westlich abzulenken. Wir sind keine Feinde des polnischen Volkes weder in unserem Handeln noch in unserer Gesinnung.

Man spricht jetzt von Waffenstillstand, aber selbst wenn er geschlossen sein soll, wird sich niemand einbilden, daß das osteuropäische Problem damit gelöst ist. Die Entente hat auf diesem Gebiet Pfuscharbeit geleistet, die jeder Beschreibung spottet. Sie ist bei der Behandlung dieses Problems nicht einmal in sich selbst einig, obwohl es nur durch die Einigkeit der ganzen Welt gelöst werden könnte, und ihr Völkerbund, der vom Tage des Inkrafttretens des Friedensvertrages an jeden Krieg verhindern sollte, ist vollends auf dem Papier stehen geblieben. Die Verlebendigung des Völkerbundes, die ohne die Aufnahme Deutschlands als gleichberechtigtes Mitglied nicht möglich ist, wäre zur Lösung und zur wirklichen Beruhigung der Welt wenigstens ein Anfang. Einem bis an die deutsche Ostgrenze einigen Europa würde es bald gelingen, einen gerechten Frieden im Osten herzustellen, der jedem sein Recht auf freie Entwicklung im Innern läßt. Ein einiges Europa hätte von Rußland weder übermütige Forderungen noch eine Einmischung in seine inneren Angelegenheiten zu fürchten, schon seine Existenz würde genügen, um jener Richtung in Rußland zum sicheren Siege zu verhelfen, die nichts will als Frieden und freien Güteraustausch mit dem Westen.

Da aber Deutschland im Rat der Völker keine Stimme hat, ist es auch zu keinerlei Mitten verpflichtet. Zu Knechtsdiensten wird es sich keinem hingeben.

Naumersche Projekte.

Die Unterbringung der zu entlassenden Reichswehrsoldaten

Vor kurzem fand, wie wir erfahren, im Reichsschatzamt eine Besprechung von Regierungsvertretern mit dem Vorstand des „Reichswirtschaftsverbandes deutscher Berufssoldaten" über die Unterbringung der 100 000 Mann statt, die nach den Beschlüssen von Spa in nächster Zeit entlassen werden müssen. Der Reichswirtschaftsverband legte sein hier bereits geschildertes Projekt vor, wonach jetzt stilliegende Staatswerkstätten den Entlassenen zum genossenschaftlichen Betrieb übergeben werden sollen. Dieses Projekt erfuhr bei den Regierungsvertretern glatte Ablehnung, u. a. auch, weil man der Privatindustrie keine Konkurrenz in den Nacken setzen wollte!

Dagegen hat der Reichsschatzminister, der deutsche Volksparteiler Herr von Raumer, seinerseits einen Plan in dieser Angelegenheit dem Ministerium unterbreitet, nach dem die Reichswehrsoldaten in Gruppen von je sechs Mann in die Landwirtschaft übergeführt werden, um dort als Landarbeiter tätig zu sein. Dieser Plan hat eine sehr starke Aehnlichkeit mit dem Vorschlag des „Nationalen Heimatbundes zur Versorgung Heeresentlassener", mit dem wir uns bereits in unserem Blatt am 17. Juli auseinandersetzten. Graf von der Goltz fordert in einem Schreiben, daß die in der Landwirtschaft unterzubringenden Soldaten zugleich eine Art persönliche Garde für die Herren Rittergutsbesitzer sein sollten.

Derartige Pläne widersprechen durchaus den Wünschen der Soldaten, die sich dem zivilen Erwerbsleben ohne Hintergedanken eingliedern wollen. Es muß scharf dagegen protestiert werden, daß den Soldaten vom grünen Tisch unter völliger Beiseiteschiebung ihrer Berufsorganisation ihre Zukunft diktiert wird.

Versteckte Gewehre!

Reichswehrhauptmann, Studenten und Zeitfreiwillige schieben Hand in Hand.

Braunschweig, 22. Juli (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts".) In dem Orte Frellstedt bei Braunschweig luden beim dortigen Führer der Einwohnerwehr Leute, die halb in Zivil und halb in Uniform gekleidet waren, drei Kisten ab, die von diesem mit Hilfe der Leute vergraben wurden. Polizeiliche Untersuchungen stellten fest, daß diese drei Kisten über 60 Gewehre enthielten. Der Mann wurde verhaftet. Die polizeiliche Untersuchung stellte weiter fest, daß im ganzen 84 Gewehre mit einem Lastauto von Leuten in Reichswehruniform von Helmstedt abgeholt worden waren. Diese Gewehre waren dem Kommandanten von Braunschweig, dem Hauptmann v. Trotha als überzählig gemeldet worden. Dieser hatte nämlich gesprächsweise zu einem früheren Zeitfreiwilligen, einem Studenten der hiesigen technischen Hochschule, davon gesprochen. Merkwürdigerweise befand sich dieser Student auch im Besitze einer Blankoquittung dieses Hauptmanns v. Trotha. Er füllte sie mit anderen Studenten auf die Zahl von 84 Gewehren aus, bekam auch merkwürdigerweise ein Lastauto der Firma Büssing, mit dem er vom Kasernenhof der Braunschweiger Reichswehrkaserne nach Helmstedt kam, dort die Gewehre abholte und, wie gemeldet, in Frellstedt mit Hilfe der Einwohnerwehr vergraben wollte. Die Gewehre waren in vier Kisten verpackt, drei Kisten sind aufgefunden worden, wo die vierte ist, konnte bisher nicht festgestellt werden. Die merkwürdige Geschichte bedarf noch der völligen Aufklärung, besonders im Hinblick auf den Hauptmann v. Trotha, der schon während der Kapp-Tage eine sehr zweifelhafte Rolle spielte, ebenso wie diese Studenten, die schon damals im Freiwilligen-Bataillon, das angeblich aufgelöst ist, organisiert waren.

Wendelin, der Ungetreue.

Thomas rechtfertigt sich.

Der Schlafbursche der Spitzelin Schröder-Mahnke, der unabhängige Reichstagsabgeordnete Wendelin Thomas, sucht seine fatale Angelegenheit durch eine Zuschrift an das Augsburger unabhängige Parteiblatt in anderes Licht zu setzen. Er schreibt u. a.:

Die in Sangerhausen als Spitzelin tätig gewesene Schröder-Mahnke war während der ersten Revolutionszeit Mitglied des Arbeiterrats in Wilhelmshaven. Ich war Gegner ihrer Wahl, weil ich sie für unfähig hielt.

Wir finden es wenig ritterlich von Wendelin, in dieser Weise der toten Geliebten seine Elefantenfußtritte zu versetzen, indem er sie als „unfähig" bezeichnet. Er ist doch jedenfalls zu allerhand fähig gewesen und war auch nicht Gegner, sondern der Erkorene ihrer Wahl. Daß er der Schröder-Mahnke zur Flucht aus Wilhelmshaven verholfen hat, gibt Wendelin Thomas zu. Dann zeigt er sich noch auf der ganzen Höhe seiner — durch keinerlei Tätigkeit in der Arbeiterbewegung bis November 1918 — beschwerten Bildung, indem er über seinen Ankläger herzieht, der bekanntlich in den Reihen der Unabhängigen selber sitzt. Ihn schmaubt Wendelin an:

Das Kesseltreiben gegen mich rührt von einem ehemaligen Mitglied des 21er Rates her, der jetzt Redakteur an einem mitteldeutschen Provinzblatt der U. S. P. ist und seinen Mangel an Kenntnissen oder Fähigkeiten durch Wichtigtuereien ersetzen will und bestrebt ist, die Tatsache zu verdecken, daß er an dem Kommunistenputsch am 27. Januar 1919 beteiligt war, demzufolge er längere Zeit in Untersuchungshaft saß. Ich will ihm keinen kommunistischen Knüppel zwischen seine U. S. P.-Beine (schön gesagt! Red.) werfen, es gibt Politiker oder solche, die sich einbilden, es zu sein, die immer da sind, wo sie Erfolg wittern.

Wenn Wendelin Thomas nur ahnte, wie rührend porträtgetreu er sich da selber gezeichnet hat!

Der Apotheker von Spa.

Der Volksparteiler Scholz, dessen Ernennung zum Reichswirtschaftsminister unsere Charlottenburger Parteigenossen deshalb warm begrüßt haben, weil sie ihn somit als Oberbürgermeister endlich los wurden, hat gestern im Reichswirtschaftsrat über Spa berichtet. Am Eingang seiner Rede hat er sich bitter über die Unterbringung der deutschen Delegation „weitab auf einem Berge in den Wäldern" beklagt, und, wie es der Reichsminister des Auswärtigen Dr. Simons bereits im Reichstagsausschuß getan hatte, von dem Apotheker von Spa erzählt, der einem Deutschen ein Heilmittel verweigert hatte. Es wäre uns ein leichtes, dieses Klageregister zu ergänzen und z. B. von dem Direktor der Badeanstalt zu sprechen, der einem deutschen Kollegen ein Bad verweigert hatte, offenbar, damit wir wirklich die „sales Boches", die schmutzigen Deutschen, würden.

Aber wir glauben, daß, alles in allem, ein ganz falsches Bild von der Behandlung der deutschen Delegation in Spa in der Oeffentlichkeit entstehen würde, wenn nur die Kehrseiten hervorgehoben wären. Gewiß, zu manchen Klagen hat es Anlaß gegeben, und der Apotheker von Spa wird wohl keine Einzelerscheinung in seinem Lande sein, in dem die Nachkriegspsychose nicht zuletzt deshalb noch immer blüht, weil das Gegengewicht einer wirklich versöhnlich wirkenden sozialistischen Partei gar zu lange gefehlt hat.

Aber im allgemeinen muß doch gesagt werden, daß die Haltung der Bevölkerung und der Behörden einwandfrei war. Das haben namentlich die Pressevertreter, die am meisten in der Stadt zu tun hatten, feststellen können. Speziell die Post- und Telegraphenbeamten sind jedem Wunsch der deutschen Berichterstatter, trotz ihrer ungeheuren Ueberlastung, so weit wie überhaupt möglich entgegengekommen. In den öffentlichen Lokalen war die Bedienung der Deutschen genau die gleiche wie die der anderen Gäste.

Daß das Hotel der deutschen Delegation auf einem Hügel lag, ist nicht auf eine Bosheit der belgischen Behörden, sondern auf eine Laune der Natur zurückzuführen, die den Ardennen ein anderes Aussehen verliehen hat, als dem Tempelhofer Felde oder der Lüneburger Heide. Abgesehen von den Engländern, die im Hotel Britannique, dem früheren Sitz der deutschen Waffenstillstandskommission, mitten in der Stadt wohnten, waren alle anderen Delegationen „weitab auf einem Berge in den Wäldern untergebracht", die Franzosen ebenso weit von der Stadt wie die Deutschen, die Japaner und die Italiener sogar noch weiter.

Man soll eben nie verallgemeinern; es hat unter der belgischen Bevölkerung Dummköpfe gegeben, wie den Apotheker und den Badefritzen, und anständige Menschen, wie den Postverwalter und die Kellner. Und es hat unter unseren Delegierten hervorragende Unterhändler gegeben und auch unfähige — solche, von denen man wußte, daß, wenn sie den deutschen Standpunkt verträten, sie nur das Beste für Deutschland durchsetzen, aber auch solche, von denen man hoffen mußte, sie würden niemals Gelegenheit haben, aus ihrer Figurantenrolle herauszutreten und ihre „fachministeriellen" Eigenschaften zu entwickeln. . . .

Nur nicht verallgemeinern, Herr Reichs[illegible]minister Scholz!

Das Armenhaus.

Von Paul Zech.

Der Abend hob mich in den Wirbel der Winde, die von den Bergen herniederdrückten. Nutzlos stemmt sich meine Brust in den Tumult der Waldgeräusche, die der Stadt eine Larve vorbinden wollen. Ich bin zwar noch immer Mensch unter Menschen. Mensch sein heißt aber jetzt: Schreiten, wohin der Schritt will und nicht das Herz.

Warum muß ich nachgehen, mich an ein Zwergentum reiben? Wie breit schritt doch die Straße, da noch Räder in den Fabriken waren und Sonne auf die Pflastersteine mit Gewaltenträgheit niederkochte?!

Ich hörte süß beredende Stimmen aus den Weißbierkellern. Ich durchpflügte rot gerundete Gesichter mit meinem ewigen Schreien nach Regen und ließ das Eis in den Gläsern aufkochen. Jede Pupille war durchsichtig bis in die Denkzentrale. Ich zog meine Folgerungen daraus und machte die Plastik meines weinerlichen Mundes zu einem Schmerzkarsto vor der Hexenschaukel. Es gab nicht den einen Fall in der Stadt, es gab Revolten. Aber nichts zerbrach in mir.

Warum muß ich jetzt nachgeben? Jeder Pulsgang, von den Schläfen bis zu den Kniegelenken herunter, weiß, daß er diese Demütigung nicht ohne Störung ertragen wird.

Es ist nichts Seltsames in der Färbung des Himmels. Aber eine Weise, die nicht mehr von dieser Welt ist.

Was plant der Abend mit mir? Von den Schalten, die er unter hohen Häusern vorausschickt, kann nicht einer mein Freund sein.

Nun die Straße vor dem Armenhaus endet, will ich mich den Greisen zugesellen. Sie sitzen unter den Ulmen so friedlich, so von der Erde in den Himmel gefahren.

Warum lügen sie den Spaten, der das Massengrab schon gräbt, von ihren zerbürsteten Munden fort?

Auf der Mittelbank ist ein Sitz noch frei.

Ich warte ein paar Sekunden, daß mich jemand zum Verweilen nötigt.

Ich höre nur den falschen Mahlgang der Zähne.

Ich sage laut, und jede Silbe zerhackt. Guten Abend!

Keine Hand hebt sich. Aber die eine Lücke zwischen den Greisen wird immer enger. Zum Teufel: ich bin doch gar nicht der Teufel, der mit schwarzen Flügelstrichen das Abendrot verdüstert.

Und schiebe mich einfach in die nun kaum noch eine Handbreit schmale Lücke. Und sitze zwischen den Greisen.

Ein böser Wind steigt aus den erdgrauen Stirnfalten meiner Nachbarn. Er kommt ganz dicht heran. Sägt über meinen Mund, springt die Augen an und bleibt in den Ohren stehen als Tumult ganz fern dröhnender Glocken.

Ich sehe, daß niemand die Hände faltet, oder dergleichen tut, wenn der Glöckner die Gebetstunde ansagt.

Durch meine Schläfen rieselt es.

Sähe ich nicht, wie sich manchmal ganz leise das Gesicht eines Greises in ein Höherzucken höhe —: Skelette klapperten meinem erregten Puls in den Takt.

Warum gehe ich denn nicht wieder fort aus dieser vitalen Beengung? Irgendein Trieb sticht immerzu: Warte!

Ich weiß zwar nicht, was sich hier noch ereignen kann. Aber die Bestimmtheit, mit der mein Willen mich in diesen Kreis zog —: Unverständlich!

Endlich schlägt ein Stimme an: „Wahrlich ich sage Dir, wir müssen diese Nacht noch Ströme durch die Straßen bluten!"

Antwortend eine zweite: „Des Herren Name sei gelobt!"

Pause.

Den Sprechern fallen die Köpfe vornüber. Doch tränenlos in die Hände. Die anderen Greise falten sich zu stummen Gebetformeln. Ich sträube mich nicht, es ihnen gleich zu tun. Aber, was beten? Was weiß ich von Straßen, die wert sind, unser rotes Blut zu trinken? Woher ich kam, war unbezähmbares Jagen hinter Weltenrädern laut. Sich dawider zu stemmen: hieße die Fahne des Wahnsinns hissen. Welches Dilemma durch ein Fäustemeer!

Ich bin wohl doch zu weit in den Abend gegangen. Und diese Greise, zwölf an Zahl, sitzen versammelt und warten auf den Einen, der das letzte Hallelujah singt und singend ihnen die staubigen Füße wäscht, damit sie Flügel werden. Und ein Wind sich erhebt und sie in alle Richtungen streut.

Ich drehe mich nach dem Gebäude um. Es starrt mit schwarzen Quadraten aus den Laubmassen. Kein Lichtschein schlägt durch.

Erleichterung käme mir, schlüge plötzlich die Hausglocke an —: „Das Mahl ist gerüstet."

Es riecht auch nicht nach Wärme.

Alles ist kalte graue Asche.

Jugend hat hier keine Tugend.

Wortlos trabe ich die Allee hinunter bis zum Fluß.

Die Wellen treiben Stücke Mond in die Straßen.

Cafés rüsten sich: die Nacht durchzutanzen.

Die Greise verbluten noch vor der Brücke.

Für die Dauer dieser Spielzeit.

Ueber die physische Minderwertigkeit der Kriegskinder bestehen vielfach falsche Meinungen: Im allgemeinen herrscht die Ansicht, daß sich die Frucht unabhängig von der Ernährung des Vaters entwickelt. Die Auffassung wurde jedoch durch die Beobachtungen an Neugeborenen während des Krieges in Frage gestellt. Wie nun Engelhorn im „Zentralbl. f. Gyn." berichtet, blieben auch Kinder, deren Mütter sich in besten Ernährungsverhältnissen befanden, deutlich an Gewicht und Länge zurück. Die Väter der Neugeborenen dagegen waren sämtlich zur Zeit der Zeugung abgearbeitet und nervös, so daß eine Schädigung des väterlichen Keimplasmas durch Entbehrung und Ueberanstrengung vorlag. In allen Fällen wurde auch eine kleine Placenta gefunden, die für die Minderwertigkeit der Frucht in der Anlage spricht.

Die Arbeitsgemeinschaft des Düsseldorfer Schauspielhauses ist nunmehr endgültig gegründet worden. Die Stadt Düsseldorf hat noch ihr Ja und Amen dazu zu geben. Alle bisherigen Angestellten sind fortan Gesellschafter und Angestellte zugleich. Ein jeder verfügt ebenso wie der Direktor nur über einen Gesellschaftsanteil, der ihm eine Stimme in der Generalversammlung gibt. Die Führung des Unternehmens geschieht durch einen Verwaltungsrat, dem der Geschäftsführer, ein Mitglied der künstlerischen Leitung (Dramaturgen, Regisseure, Beiräte), zwei Schauspieler, zwei technische Arbeiter und ein Vertreter des kaufmännischen Personals angehören, die von ihren Berufsgruppen gewählt werden. Geschäftsführer ist Gustav Lindemann. Der durch den Verwaltungsrat zu Beginn der Spielzeit aufgestellte Etat darf vom Geschäftsführer nicht überschritten werden. Innerhalb der Grenzen dieses Etats aber hat der Leiter des Theaters vollkommene künstlerische und wirtschaftliche Freiheit. Da Haus und Fundus nicht gemeinsamer Besitz, sondern nur erpachtet werden, kann man noch nicht von einer Sozialisierung des Theaters sprechen, wohl aber von einem ersten Schritt dazu.

Die Produktivgenossenschaft bildender Künstler wird im ehemaligen kaiserlichen Marstall im großen Saal, Breite Straße 35, ihre fünfte jurysierte Kunstausstellung von Gemälden, Graphik und Plastik veranstalten. Letzter Einlieferungstermin ist der 26. und 27. Juli 1920.

Theater. In dem neuen „Theater an der Hardenbergstraße" in Berlin (dem früheren Landwehrkasino) wird zunächst „Die kleine Sklavin" von Diezenschmidt gegeben werden.

Das nächste Volkskonzert des Blüthner-Orchesters findet am 24. Juli, abends 7½ Uhr, im Blüthnersaal, Lützowstr. 76, statt. Ouvertüre zu „Die Geschöpfe des Prometheus" von Beethoven, Ouvertüre zu „Die lustigen Weiber von Windsor" von Nicolai, „Tod und Verklärung" von R. Strauß, Waldweben aus „Siegfried" von R. Wagner, Les Preludes, sinf. Dichtung von Liszt u. a. Karten im Zigarrengeschäft Horsch, Genelenfer 15 (Gewerkschaftshaus), Orchesterbureau, Lützowstr. 76 (11 bis 1 Uhr), Vorwärts, Lindenstr. 2.

Der blaue Garten. die Zeit des Rittersporns, bildet das Leitmotiv in dem Juliheft der neuen Monatsschrift (Verlag der „Gartenschönheit", Berlin-Westend), das wieder eine Fülle von hervorragend gelungenen farbigen und schwarz-weißen Bildern und fesselnden Aufsätzen birgt.

Ein Lehrgang für Oberinnen an Frauenschulen wird vom Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht vom 26. August bis 15. September veranstaltet. Er soll einen Ueberblick über wissenschaftliche Fragen und praktische Aufgaben sowie methodische Anleitungen für die Frauenschularbeit bieten.

„Einsteins Relativitätstheorie" lautet das Thema des Lichtbildervortrags, den Dr. Friedrich Barnewitz am 24. Juli, abends 8 Uhr, im großen Hörsaal der Treptow-Sternwarte halten wird.

Bad Oeynhausen besteht jetzt seit 75 Jahren. Als Festbüchlein hat aus diesem Anlaß der Bäder-Verlag Bad Oeynhausen (Joseph Spitzo) seinen praktisch als Nachschlagebuch geordneten „ABC-Führer" in neuer, mit Bildern ausgestatteter Ausgabe (Preis 2,50 M.) erscheinen lassen.

Organisation der Betriebsräte.

Die am Donnerstag abend abgehaltene Plenarversammlung der Gewerkschaftskommission beschäftigte sich erneut mit der Frage der Zusammenfassung der Betriebsräte im Anschluß an die Gewerkschaften.

Der Referent Sabath nahm Bezug auf die bekannten Verhandlungen der Gewerkschaftskommission mit der Betriebsrätezentrale in der Münzstraße und führte weiter aus: Vor acht Tagen bestanden zwischen den beiden Körperschaften noch drei Differenzpunkte: Die Wählbarkeit zu den Generalversammlungen der Betriebsräte, die Finanzierung und vor allem der organisatorische Aufbau der Betriebsräte. In den beiden erstgenannten Punkten ist eine Verständigung erfolgt. Wählbar soll jeder sein, der ein Jahr gewerkschaftliche Schulung hinter sich hat. Der Ausschuß der Gewerkschaftskommission hofft, daß auch in der Frage der Organisierung eine Verständigung erzielt werden wird. In den letzten Tagen haben eine Anzahl von Gruppenversammlungen der Betriebsräte stattgefunden. Ein Teil derselben ist ohne Ergebnis vertagt worden, die anderen haben sich zum Teil auf den Standpunkt der Münzstraße, zum Teil auf den Standpunkt der Gewerkschaftskommission gestellt, alle haben aber dem Verlangen Ausdruck gegeben, daß der Streit über die Form der Organisation sobald wie möglich begraben werden muß. Wenn eine Verständigung mit der Münzstraße bis jetzt noch nicht zustande gekommen ist, so ist der Ausschuß nicht schuld daran. Der Ausschuß hält eine innige Verbindung der Betriebsräte mit den Gewerkschaften für notwendig. Er ist in seiner heutigen Sitzung zu dem Ergebnis gekommen, daß seine Vorlage, die bis jetzt Gegenstand der Verhandlungen war, der Boden bleiben muß, auf dem die Gewerkschaften leben. Diese Vorlage weicht in keinem wesentlichen Punkt von den Richtlinien des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes ab, sie kann also die Basis der Verständigung bilden mit der Aenderung hinsichtlich der Wählbarkeit und der Finanzierung. Die Zentrale der Betriebsräte soll gebildet werden aus drei Vertretern der Gewerkschaftskommission, drei Vertretern der Münzstraße, je einem Vertreter des Betriebsrätesekretariats in den Zelten, der K. P. D. und der Afa.

Der Ausschuß empfiehlt, daß er heute autorisiert werde, in dem vorgetragenen Sinne die Verhandlungen weiterzuführen. Wenn sich die Münzstraße auf die vorgeschlagene Basis stellt, dann kann die Einigung in aller Kürze zustande kommen. In nächster Zeit muß ein Kongreß der Betriebsräte stattfinden, der alles zu beschließen hat, was die Organisation der Betriebsräte betrifft. Vor dem Kongreß müssen jedoch die örtlichen Betriebsräteorganisationen geschaffen werden, welche die Vertreter zum Kongreß zu wählen haben.

Rusch äußerte sich im wesentlichen im Sinne des Referenten.

Körpel (Zentralverband der Angestellten) trat dem Vorschlage des Referenten entgegen. Es ist bis jetzt noch keine Klärung eingetreten, wir stehen jetzt wieder da, wo wir hergekommen sind. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß die Gewerkschaften berufen sind, die Betriebsräte zu organisieren. Wir haben keine Veranlassung, uns mit der Münzstraße zu verständigen. Wenn nicht die Zugehörigkeit zu einer freien Gewerkschaft, sondern ein Jahr gewerkschaftlicher Schulung die Voraussetzung der Wählbarkeit sein soll, so bedeutet das, daß auch Unorganisierte und Gelbe gewählt werden können. Mein Standpunkt ist: die freigewerkschaftliche Zentrale hat nur freigewerkschaftliche Betriebsräte zu erfassen. Eine uns aufgezwungene Arbeitsgemeinschaft mit Unorganisierten und Harmonieverbändlern lehnt die Afa entschieden ab. Arbeiter und Angestellte müssen zusammenarbeiten. Wenn eine Einigung zustande kommen sollte, die die Angestellten nicht mitmachen können, so wird sich die Afa an einer solchen Abmachung nicht beteiligen. Ich werde in einer Versammlung der Afa gegen die hier vorgeschlagenen Richtlinien Stellung nehmen. Wir werden unseren eigenen Standpunkt einnehmen, dann kann die Gewerkschaftskommission mit uns verhandeln. Bis jetzt hat man die Afa nicht zu den Verhandlungen hinzugezogen. Wenn es nicht anders sein kann, werden wir getrennt arbeiten müssen, bis die Berliner Arbeiterschaft sich in der Betriebsrätefrage auf den gewerkschaftlichen Boden stellt.

Die Ausführungen Körpels fanden lebhaften Widerspruch.

Stolt meinte, die Arbeiter und Angestellten würden immer zusammengehen, wenn sie vor praktische Fragen gestellt werden.

Schumacher (Schneiderverband) bekämpfte den von Körpel vertretenen Standpunkt. Das mit vieler Mühe zustande gebrachte Werk der Einigung darf nicht zerschlagen werden. Wir werden uns gegen Zersplitterungsbestrebungen der Afa ebenso wenden, wie gegen Zersplitterungsbestrebungen des Gewerkschaftsbundes. Was wir wollen, stimmt mit den Richtlinien des Bundes überein. Wenn es sein muß, nehmen wir auch mit Legien den Kampf auf.

Palenske (Gemeindearbeiterverband) bedauert die Ausführungen Körpels mit Rücksicht auf die Bedeutung der Afa für das gewerkschaftliche Leben. Bei gutem Willen muß es der Afa möglich sein, an der Einigung auf der hier vorgeschlagenen Grundlage teilzunehmen. Ich warne vor einem Kampf, der aus diesem Anlaß entstehen könnte. In der gegenwärtigen Situation darf es keinen neuen Bruderkampf unter den Arbeitern geben.

Hesse (Zentralverband der Angestellten) erklärt sich aus Zweckmäßigkeitsgründen für die Vorschläge des Referenten und gegen den von Körpel vertretenen Standpunkt.

Gries (Zentralverband der Angestellten) wendet sich ebenfalls gegen Körpel und betont, daß die Einigung notwendig sei.

Ein Schlußantrag, den Fritz Schmidt (Zentralverband der Angestellten) bekämpfte, wurde angenommen. Gegen die Stimmen von Körpel und Fritz Schmidt wurde der Ausschuß ermächtigt, in dem vom Referenten vorgeschlagenen Sinne die Verhandlungen fortzusetzen.

Matuschke (Friseur) teilte mit, daß sich eine gemeinnützige Friseurgenossenschaft gebildet hat, er ersucht darum, daß deren Geschäfte: Culmstr. 33 und Schreinerstr. 3 durch die organisierten Arbeiter berücksichtigt werden.

Groß-Berlin

Am Sakrower See.

Sonntagswanderung zur Havel.

Die prächtigen Havelseen, das beliebte Ausflugsziel der Berliner von altersher, wollen wir heute besuchen. Abseits von der großen Wanderstraße nehmen wir unseren Weg, um die Schönheit dieses märkischen Seengebiets kennen zu lernen. Mit den Zügen der Stadtbahn oder der Wannseebahn fahren wir bis Wannsee. Vom Bahnhof wandern wir durch die Bahnhof- und Königstraße. An der Brücke über den Verbindungskanal mit dem Kleinen Wannsee haben wir einen schönen Ueberblick über den Wannsee und den Kleinen Wannsee. Stolze Segelyachten, Dampfschiffe und bescheidene Ruderboote kreuzen die Wasserfläche, und auf dem Ufer liegen die vornehmen Villen und Bootshäuser Wannsees.

Wir folgen unserer Straße bis zum Wirtshaus Reichsadler. Dahinter zweigt eine schmale Chaussee gen Nordwest ab. Auf dieser wandern wir etwa 15 Minuten und halten uns dann auf einem in nördlicher Richtung abgehenden Fahrweg, der uns quer durch den Wald zu den Höhen bringt, die das Havelufer besäumen. Die etwa 20 bis 25 Meter über dem Spiegel der Havel sich erhebenden Berge klettern wir hinab und wandern nun auf dem den Fluß begleitenden Wiesengürtel hin. Inmitten der Havel liegt die Pfaueninsel, von der wir hin und wieder das Gekreisch der Pfauen vernehmen, die dort gehegt werden. An der schmalsten Stelle des Flusses verbindet eine Fähre die Insel mit dem Festland.

Unmittelbar neben der Havel, am Fuß der Höhen, wandern wir weiter. Hoch oben liegt die im byzantinischen Stil erbaute Peter-Pauls-Kirche. An der Bucht Moorlake mit dem gleichnamigen Wirtshaus vorüber kommen wir zur Fährstelle nach Sakrow. Hier lassen wir uns übersetzen. Jenseits wandern wir durch den Schloßpark zur Heilandskirche und der Römischen Bank. Von hier haben wir einen schönen Ausblick über die weite Wasserfläche bis nach Potsdam. Wir wandern jetzt gen Nord, am bescheidenen Schloß vorbei, und wenden uns nach Verlassen des Schloßparks in westlicher Richtung zum Südende des Sakrower Sees. Wir halten uns nun in unmittelbarer Nähe des Ufers. Bald wird der Weg zum Fußpfad, der sich auf dem Westufer hinzieht.

Wohltuend umfängt uns die Stille und Einsamkeit, die den Sakrower See umgibt. Nur selten sehen wir einen Angler, der schweigsam seinem Gewerbe oder Vergnügen nachgeht. Bei einer Jagdhütte wendet sich der Pfad vom See ab und bringt uns zum Forsthaus Zedlitz, das ebenso einsam inmitten des grünen Waldesdomes liegt. Vom Forsthaus wenden wir uns in nordwestlicher Richtung bis zum Gestell D, das uns gen Südwest an das Ufer des Lehnitzsees bringt. Eine kurze Strecke nach Süden liegt hier die Römerschanze, ein Denkmal aus vorgeschichtlicher Zeit.

Die Römerschanze ist ein alter Burgwall, wie solche in der Mark Brandenburg und in Norddeutschland vielfach erhalten geblieben sind. Sie ragt etwa 20 Meter über den Spiegel des Lehnitzsees empor und ist rings vom Wasser und Sumpf umgeben. Der Name Römerschanze hat mit den Römern nichts zu tun, man nimmt vielmehr an, daß er aus Räuber- oder Räschanze entstehe. Der Wall war ursprünglich von einer Erdmauer, die von einer Bohlenwand gestützt wurde, umgeben. Spuren von Häusern sowie Reste von Werkzeugen und Gefäßen deuten darauf hin, daß die Römerschanze besiedelt war. Derartige Burgwälle mögen sowohl in Zeiten der Not als Zufluchtsort gedient haben als auch längere Zeit hindurch besiedelt gewesen sein. Man vermutet, daß es Festungen waren, an denen ein Häuptling oder Fürst seinen Sitz hatte. Auch wird man an einem solchen Ort die wertvollen Heiligtümer und Opfergeräte untergebracht haben. Häufig wurden in späterer Zeit auf diesen Burgwällen Burgen oder Kirchen errichtet.

Von der Römerschanze lassen wir uns nach Nedlitz übersetzen und wandern nun gen Süd nach Potsdam. Nach einem Rundgang durch die ehemalige Residenz treten wir die Rückfahrt an.

ch.

Vorsicht beim Biertrinken!

Eine solche Warnung wurde dem verehrten Leser früher an heißen Sommertagen gegeben, damit er beim Trinken von kaltem Bier Vorsicht übe, sich nicht den Magen erkälte und sich einen Magen- oder Darmkatarrh zuzöge. Heute ist eine solche Warnung in anderer Hinsicht vonnöten.

Ich habe mich — so wird uns geschrieben — bei meinen Ausflügen völlig vom Wirtshaus emanzipiert, weil die heutigen „zivilen" Preise für die „gutgepflegten" Biere meinen Etat übersteigen. Kürzlich trieb mich aber ein Gewitter in die gastliche Stätte eines Gastronomen. Viel Volk war dort, jedenfalls vom gleichen Mißgeschick betroffen, in der Veranda untergeschlüpft. Eine große Weiße bei der tropischen Hitze zu bestellen, schien mir anfänglich sehr verlockend, da sie aber viel Aehnlichkeit mit Lehmwasser hatte, änderte ich meinen Sinn und bestellte für mich und meinen Begleiter zwei Glas helles Lagerbier. Kostenpunkt: 3,30 M.

Am Nachbartisch aber war ein Arbeiter mit seiner Frau, der dem Feriengenuß fröhnte, so leichtsinnig gewesen, eine große Weiße mit Himbeer zu bestellen. Ihm wurden dafür 5,50 M. abverlangt.

88]

Segen der Erde.

Roman von Knut Hamsun.

Von rechtstechnischen Weitläufigkeiten abgesehen, ging die Geschichte zu wie folgt:

„Wir Frauen," sagte die Frau Schultheiß, „wir sind die unglückliche und unterdrückte Hälfte der Menschheit. Die Männer machen die Gesetze, wir Frauen haben keinen Einfluß darauf. Aber kann sich nun etwa ein Mann hineinversetzen in das, was es für eine Frau heißt, ein Kind zu gebären? Hat er ihre Angst gefühlt, hat er die unsäglichen Schmerzen gefühlt, und hat er ihre Wehegeschreie ausgestoßen?

In dem Falle hier ist es ein Dienstmädchen, das ein Kind geboren hat. Sie ist unverheiratet, sie muß also die ganze Zeit ihrer Schwangerschaft über ihren Zustand zu verbergen suchen. Warum muß sie ihn verbergen? Der Vorurteile der menschlichen Gesellschaft wegen. Diese Gesellschaft verachtet die Ledige, die ein Kind unter dem Herzen trägt. Sie beschützt sie nicht allein nicht, nein, sie verfolgt sie auch noch mit Schande und Verachtung. Ist das nicht haarsträubend? Jawohl, und jeder Mensch mit einem Herz im Leibe muß sich darüber empören! Das Mädchen muß nicht nur ein Kind gebären, was an sich schon schlimm genug wäre, nein, es soll auch noch dafür als Verbrecherin gebrandmarkt werden. Ich kann nur sagen, für dieses Mädchen hier auf der Anklagebank war es ein Glück, daß ihr Kind durch einen unglücklichen Zufall im Bach zur Welt kam und sofort ersticken mußte. Es war ein Glück für sie und für das Kind. Solange die Gesellschaft so ist wie jetzt, müßte eine ledige Mutter straffrei ausgehen, und wenn sie auch ihr Kind absichtlich umbringt!"

Hier läßt der Vorsitzende ein schwaches Murren hören.

„Oder jedenfalls dürfte sie nur unbedeutend bestraft werden," sagte die Frau Schultheiß. „Selbstverständlich sind wir alle darüber einig, daß das Leben des Kindes erhalten bleiben sollte," sagte sie, „aber sollte denn von allen Gesetzen der Menschlichkeit gar kein einziges auch für die unglückliche Mutter gelten? Stellen Sie sich doch einmal vor, was sie alles während der Schwangerschaft durchgemacht hat, welche Qualen sie erduldet hat, um ihren Zustand zu verbergen, und wie sie keinen Ausweg mehr wußte weder für sich selbst, noch für ihr Kind. Darein kann sich überhaupt kein Mensch versetzen," sagte sie. „Das Kind stirbt jedenfalls eines wohlgemeinten Todes. Die Mutter wünscht weder sich selbst noch diesem lieben Kinde etwas so Böses, daß es leben soll, die Schande ist ihr zu schwer zu tragen, und indessen reift der Plan in ihr, das Kind zu töten. So gebiert sie im geheimen, und vierundzwanzig Stunden lang ist sie so von Sinnen, daß sie bei der Tat unzurechnungsfähig ist. Sie hat sie sozusagen gar nicht wirklich verübt, so von Sinnen ist sie. Während ihr noch von der Niederkunft jeder Knochen und jeder Muskel im Leibe weh tut, muß sie das Kind umbringen und die Leiche wegschaffen, — stellen Sie sich einmal die Willensanspannung vor, die zu dieser Arbeit gehört! Aber natürlich wünschen wir alle, daß die Kinder alle am Leben bleiben, und es ist schwer zu beklagen, daß das Leben von einigen ausgelöscht wird. Aber das ist einzig und allein die Schuld der menschlichen Gesellschaft, dieser hoffnungslosen, unbarmherzigen, verleumderischen, verfolgungswütigen, toshaften Gesellschaft, die allzeit auf der Wacht steht, um die ledige Mutter mit allen Mitteln zu erdrosseln!

Aber selbst nach dieser Behandlung seitens der Gesellschaft können sich die mißhandelten Mütter wieder erheben. Sehr oft sorgen gerade diese Mädchen nach ihrem gesellschaftlichen Fehltritt an, ihre besten und edelsten Eigenschaften zu entwickeln. Das Gesetz kann sich ja einmal bei den Vorsteherinnen der Asyle, in denen Mutter und Kind aufgenommen werden, erkundigen, ob das nicht wahr ist! Und es ist erfahrungsgemäß erwiesen, daß gerade die Mädchen, die — ja, die eigentlich von der Gesellschaft gezwungen worden sind, ihr Kind zu töten, ausgezeichnete Kindermädchen werden. Das sollte doch jedermann Stoff zum Nachdenken geben.

Eine andere Seite der Sache ist die: Warum soll der Mann straffrei ausgehen? Die Mutter, die einen Kindsmord begangen hat, wird gepeinigt und ins Gefängnis geworfen, er jedoch, der Vater des Kindes, der Verführer, dem geschieht nichts. Aber solange er der Urheber des Kindes ist, hat er auch Teil an dem Morde, und zwar den größeren Anteil, ohne ihn wäre das Unglück überhaupt nicht geschehen. Warum geht er frank und frei aus? Weil die Gesetze von den Männern gemacht werden, das ist die Antwort. Man sollte laut den Himmel um Schutz gegen diese Männergesetze anrufen! Und das wird niemals besser, solange wir Frauen nicht bei den Wahlen und in den gesetzgebenden Versammlungen ein Wort mitzureden haben.

Aber," sagt die Frau Schultheiß, „wenn nun dieses grausame Gesetz die schuldige — oder mehr oder minder schuldige — unverheiratete Mutter trifft, die einen Kindsmord begeht, was sollen wir dann von der unschuldigen sagen, die nur des Mordes verdächtigt wird und gar keinen Kindsmord begangen hat? Welche Genugtuung gibt die Gesellschaft diesem ihrem Opfer? Keinerlei Genugtuung! Ich bezeuge, daß ich das hiersitzende angeklagte Mädchen kenne, seit es ein Kind gewesen ist; sie war in meinen Diensten, ihr Vater ist meines Mannes Amtsdiener. Wir Frauen erlauben uns, gerade entgegengesetzt zu denken und zu fühlen als die Männer mit ihren Anklagen und Verfolgungen, wir erlauben uns, auch eine Ansicht über die Dinge zu haben. Das Mädchen hier ist verhaftet und ihrer Freiheit beraubt, verdächtig, erstlich einmal im geheimen geboren und danach ihr Kind umgebracht zu haben. Sie hat — daran zweifle ich durchaus nicht — beides nicht getan. Das Gericht wird selbst zu dieser sonnenklaren Schlußfolgerung kommen. Im geheimen? Sie hat am hellen Tag geboren. Wohl ist sie allein gewesen, aber wer hätte bei ihr sein sollen? Sie wohnte weit droben im Oedland, der einzige Mensch außer ihr selbst, der zur Stelle war, das war ein Mann; hätte sie einen solchen in diesem Augenblick zur Hilfe rufen sollen? Wir Frauen empören uns schon allein bei diesem Gedanken, wir schlagen schamvoll die Augen nieder. — Und dann soll sie das Kind getötet haben? Es wurde in einem Bach geboren, sie lag da im eiskalten Wasser, als sie gebar. Wie ist sie in den Bach gekommen? Sie ist ein Dienstmädchen, also eine Sklavin, sie hat ihre täglichen Pflichten zu erfüllen, sie wollte in den Wald, um Wacholder zum Scheuern ihres Melkeimers zu holen. Als sie durch den Bach watet, gleitet sie aus und fällt. Sie bleibt liegen, das Kind wird geboren und erstickt im Wasser.

Die Frau Schultheiß hält inne. Sie konnte es den Richtern und den Zuhörern ansehen, daß sie wunderbar gut gesprochen hatte, es war mäuschenstill im Saal, und nur Barbro trocknete sich von Zeit zu Zeit die Augen vor Rührung. Dann schließt die Frau Schultheiß: „Wir Frauen haben ein Herz: Ich habe meine eigenen Kinder fremden Händen anvertraut, um hierherreisen, um für das unschuldige Mädchen, das hier sitzt, Zeugnis ablegen zu können. Männergesetze können einer Frau nicht verbieten, zu denken: ich denke, daß das Mädchen hier ausreichend dafür bestraft ist, überhaupt nichts Böses getan zu haben. Sprechen Sie die Angeklagte frei, dann werde ich sie mit nach Hause nehmen, und sie wird das ausgezeichnetste Kindermädchen werden, das ich je gehabt habe."

Die Frau Schultheiß ist zu Ende.

(Forts. folgt.)

Da pries ich mein gütiges Geschick, denn bei einem Kassensturz meines derzeitigen Vermögens kam nur ein 5-Mark-Darlehnskassenschein zum Vorschein. Ich hätte also meiner Wollust nach Weißbier wahrscheinlich mit der Verpfändung eines meiner Stiefel hüßen müssen und hätte barfuß nach Hause traben können.

Drum, Wanderer, wenn Dich Dein Weg einmal an den herrlich gelegenen Flakensee, in die Gegend von Woltersdorfer Schleuse führt und Du beabsichtigst in das Lokal mit dem altehrwürdigen Namen Kaiser-Wilhelm-Bad, aber mit hochmodernen Preisen, einzukehren, ich rate Dir: Tu Geld in Deinen Beutel, Rodrigo!

Zum Groß-Berliner Verkehrselend.

Unter dieser Ueberschrift brachten wir am letzten Mittwoch einen Artikel eines Arbeiters der A. E. G.-Werke Hennigsdorf. Es wurde in ihm die schlechte Verbindung von Berlin zu den Arbeitsstellen und die Untätigkeit der Eisenbahnverwaltung zur Behebung dieser Mängel kritisiert und Vorschläge zur Besserung gemacht.

Die Eisenbahnverwaltung macht es sich, wenn wir uns mit den Zuständen in ihrem Reiche beschäftigen, immer sehr leicht. Durch eine hiesige Korrespondenz läßt sie die Angaben „einer hiesigen Zeitung" dementieren und damit ist die Sache für sie erledigt. Auch diesmal ist die Dementierspritze sofort in Tätigkeit getreten. Sie behauptet, daß in den Berufsverkehrsstunden „nicht drei, sondern sechs Züge für die Beförderung der in Tegel, Eichhornstraße und Hennigsdorf Beschäftigten bereitgestellt sind" und daß die Trittbretter der Züge „merkwürdigerweise nur an Tagen mit schönem Wetter besetzt" sind, was ein Beweis dafür sein soll, „daß auch in dem angeblich überfüllten Zuge noch soviel Platz ist, daß die sonst draußen fahrenden Reisenden, in ihm Platz finden können". Demnach fahren also die Berliner Arbeiter nur dann auf den Trittbrettern mit, wenn schönes Wetter ist, wahrscheinlich um sich zu sonnen. Diese Behauptung wird selbst die Eisenbahnverwaltung nicht aufrechterhalten können, wenn sie nicht in der ganzen Welt schallende Heiterkeit erregen will. Die Arbeiter sind doch keine dummen Jungen, die aus lauter Spaß und Vergnügen ihr Leben aufs Spiel setzen.

Zu den gemachten Vorschlägen wird nur erklärt, daß sie wegen der ungeheuren Kosten und wegen des außerordentlichen Mangels an Schienen nicht ausgeführt werden können, obwohl sie schon lange beraten wurden. Dann aber kommt das dicke Ende. Es heißt nämlich wörtlich in dem Dementi:

„Eine Seite dieses „Verkehrselendes" hat aber das linksstehende Blatt vergessen. Wie kommt es eigentlich, daß Berliner Arbeiter nach Hennigsdorf usw. fahren müssen? Offenbar doch deshalb, weil draußen keine Siedlungen vorhanden sind! Wäre es nicht viel sozialer, wenn durch die Firmen, die an der Lösung der Verkehrsfrage auf dieser Strecke ein so großes Interesse zeigen, umfangreiche Arbeitersiedlungen geschaffen würden, zu denen bereits die ersten Anfänge gemacht worden sind, als jetzt bei der Notlage des Reiches neue große Ausgaben zu fordern, die doch nicht so bald eine Abhilfe der Verkehrsnot bringen können?"

Nach unserer Ansicht ist zur Behebung des Verkehrselends einzig und allein die Eisenbahnverwaltung berufen. Wenn sie darauf warten will, daß die Großindustrie das tut, dann werden die Berliner Arbeiter wahrscheinlich noch sehr lange bei „schönem Wetter" zur Förderung ihrer Gesundheit auf den Trittbrettern fahren müssen. Und übrigens bezweifeln wir sehr stark, ob eine Arbeitersiedlung dem Reiche weniger kostet, als die Beschaffung eines zweiten Gleises auf der Strecke nach Velten. Wir fördern sicherlich im Interesse der Arbeiter selbst die Siedlungsbestrebungen mit allen Kräften, aber nicht, damit sich die Eisenbahnverwaltung vor der Erfüllung ihrer Pflichten drücken kann.

Zwei Raubmorde.

Ein neues Kapitalverbrechen rief die Mordkommission der Berliner Kriminalpolizei Mittwoch nach dem Grundstück Köpenicker Straße 102. Dort wurde die am 3. März 1849 geborene Witwe Thielemann in ihrer im ersten Stock des Quergebäudes belegenen Wohnung ermordet aufgefunden. Der Täter ist flüchtig. Als vorgestern vormittag eine Tochter der Greisin, eine Frau Ahlgrim aus der Pappelallee 76, die Mutter besuchen wollte, fand sie die Tür verschlossen und als sie auch auf ihr Klopfen keinen Einlaß fand, stieg ihr gleich der Verdacht auf, daß der greisen Mutter etwas zugestoßen sein müsse. Ein Schlosser stieg mit einer Leiter in die Wohnung und jetzt fand er die Greisin tot auf dem Sofa liegen. Sie hatte an der linken Kopfseite eine klaffende Wunde und außerdem ein Handtuch fest um den Hals geschlungen. Nach dieser Entdeckung wurde die Kriminalpolizei benachrichtigt, von der die Mordkommission alsbald am Tatort erschienen. Die Nachforschungen ergaben, daß der Täter wahrscheinlich der frühere Schlafbursche der Ermordeten ist. Soweit sich feststellen ließ, ist dieser, nachdem er vor einiger Zeit wegen Diebstählen, die er in der Wohnung beging, diese verlassen hatte, in der Mittwochnacht wieder in derselben erschienen, hat seine alte Vermieterin umgebracht und dann unter anderen die Ringe von den Fingern gestreift.

Zeugen, die ermittelt wurden, bekunden, daß sie gegen 1 Uhr jemanden auf Zehenspitzen über den Hof hätten kommen hören, in dem sie den Schlafburschen, einen Schlosser Otto Riedel, zu erkennen glaubten. Daß es tatsächlich Riedel war, geht daraus hervor, daß in der Wohnung der Witwe jetzt auch das zweite Paar Schlüssel gefunden wurde, das Riedel besessen und wahrscheinlich bei dem nächtlichen Besuch zurückgelassen hatte. Außer den beiden Trauringen, die der Mörder seinem Opfer von den Fingern gerissen hat, hat er auch alles Geld mitgenommen, was diese in ihrer Geldbörse hatte, die leer auf dem Tische lag. Nachdem die Leiche und der Tatort photographisch aufgenommen und die ärztliche Untersuchung abgeschlossen worden war, wurde die Leiche nach dem Schauhause gebracht. Im Laufe des Nachmittags wurden mehrere Zeugen von den Kriminalkommissaren im Zimmer 51 des Berliner Polizeipräsidiums verhört. Dorthin wollen sich weitere Personen melden, die über das Verbrechen und die Person des mutmaßlichen Täters irgendwelche Angaben machen können.

•

Bei einer Dienstherrschaft in der Friedrichstraße 45 war die 22 Jahre alte Ida Schulz auch Machow beschäftigt. Als die Herrschaft ihre Sommerreise antrat, fuhr das Mädchen zu ihrem Vater nach Machow. Bei diesem kam sie jedoch nicht an. Jetzt wurde in einem Weizenfeld bei Groß-Behnisch die Leiche des jungen Mädchens aufgefunden, die schon stark in Verwesung übergegangen war. Dieses war offenbar nach Groß-Behnisch gefahren, um den 6 Kilometer weiten Weg nach Machow zu Fuß zurückzulegen. Unterwegs ist sie ermordet und beraubt worden. Die Leiche wies eine Schußwunde am Kopf auf. Geraubt worden sind dem Mädchen ungefähr 260 Mark bares Geld und ein Pappkarton, dessen Inhalt noch nicht feststeht. Außerdem hat der Raubmörder einen bräunlichgrauen Covercoat-Mantel, der nach Herrenschnitt gearbeitet ist, mitgenommen. Mitteilungen zur Aufklärung dieses Verbrechens nimmt Kriminalkommissar Werneburg im Zimmer 84 des Berliner Polizeipräsidiums (Hausanruf 447) entgegen.

Gemütsmenschen.

In jedem Hochsommer ziehen kurz nach der Getreideernte viele arme Leute hinaus, um die Stoppelfelder nach liegengebliebenen Aehren abzusuchen. Dabei kommt es, wie allgemein bekannt ist, sehr häufig zu recht unliebsamen Auftritten zwischen dem Herrn Gutsbesitzer oder seinem Inspektor mit den Aehrenlesern. Die Gründe dafür sind zumeist nicht recht klar, man will wahrscheinlich den Gewaltigen herausstecken, der über sein Grundstück verfügt und der die wenigen Aehren lieber verfaulen läßt, als daß arme Mitbürger sie zur Aufbesserung ihrer kargen Lebensmittelrationen benützen.

Dieser Tage ging uns ein Bericht zu, der besagt, daß vier Frauen in der Gegend von Buckow zum Aehrenlesen gingen, was sie am ersten Tage ungestört tun durften. Tags darauf aber kamen sie an die unrechte Adresse. Ein Fuhrwerk kam des Weges, der Kutscher sprang herab und verwies die Frauen von dem Acker, indem er die eine von ihnen mit seiner Peitsche schlug. Auf der Unfallstation stellte der Arzt am Körper der Mißhandelten insgesamt 12 Hiebe fest, von denen 5 bis 6 von Blut unterlaufen und drei offen waren. Inzwischen wurde der Besitzer des Grundstückes festgestellt. Die Frau desselben verwies die beschwerdeführenden und mißhandelten Frauen kurzerhand vom Hof, während ihr Mann ihnen zurief, daß es garnichts geschadet hätte, wenn man sie totgeschlagen hätte.

Leider besteht der Privatbesitz an Grund und Boden immer noch, der jedem Eigentümer das Verfügungsrecht über seinen Besitz einräumt. Damit ist aber keineswegs die Berechtigung verbunden, Leute, die das Grundstück betreten, in rohester Weise zu mißhandeln. Hoffentlich hat die geschlagene Frau gegen den rohen Patron von Kutscher weitere Schritte unternommen. Im übrigen aber zeigt dieser Fall aufs neue, wie groß das Verständnis der Landbevölkerung für die Not der Städter ist und wie sehr sie bemüht sind, diese zu beheben. Es sind eben Gemütsmenschen, unsere „biederen" Bauern.

Der Kampf gegen die Wohnungsnot.

Bauzuschüsse zur Fertigstellung von Wohnhäusern sollen in Form von Ergänzungszuschüssen aus Reichsdarlehen gewährt werden. Wie der preußische Wohlfahrtsminister in einem Runderlaß mitteilt, läßt es sich schon übersehen, daß die Mittel, die von Reich und Staat zur Gewährung von Ergänzungszuschüssen an Gemeinden, Bauvereinigungen und Privatpersonen zur Verfügung gestellt wurden, die mit staatlicher Unterstützung im Jahre 1919 zu bauen begonnen haben, nicht ausreichen, um die infolge der weiteren Preissteigerungen unvollendet gebliebenen Bauten fertigzustellen. Bei der schlechten Finanzlage von Reich und Staat ist jedoch eine Erhöhung des Sanierungsfonds nicht zu erwarten. Es ist aber unbedingt erforderlich, zunächst die Fertigstellung der angefangenen Bauten sicherzustellen, bevor mit dem Bau neuer Wohnungen begonnen wird. Es sollen daher auch zur Gewährung von Reichsdarlehen überwiesene Mittel zur Gewährung von Ergänzungszuschüssen herangezogen werden.

Der Umbau des Bahnhofs Friedrichstraße hat in letzter Zeit gute Fortschritte gemacht. Nachdem die Eisenkonstruktion für den Brückenbogen über die Spree fertiggestellt ist, hat man auch die oberen Konstruktionsteile, die zur Aufnahme für die Zu- und Abfahrtsgleise nach dem Lehrter Bahnhofe bestimmt sind, fertiggestellt, auf die jetzt nur noch Schotter und das übrige Oberbaumaterial aufgebracht zu werden braucht. Der Zugangsweg für Reisende vom Nordufer der Spree ist in seinem Eisengerippe ebenfalls nahezu vollendet. Er teilt sich in dem Spreebrückenbogen, so daß ein Arm nach dem südlichen, der andere nach dem nördlichen Ufer geführt wird. Ebenso ist auch der Brückenbogen über den Fahrdamm des Kronprinzenufers soweit fertiggestellt, daß der Anschluß an die bereits vor dem Kriege errichteten Eisenkonstruktionsteile nahezu erreicht ist. Jetzt wird neben den Eisenkonstruktionen auch schon am Mauerwerk des Bahnhofsumbaues gearbeitet, von dem einzelne Teile schon bis zur Höhe des Bahnsteiges hochgeführt worden sind.

Eine Erleichterung der Paßbestimmungen für die Ein- und Ausreise nach dem oberschlesischen Abstimmungsgebiet läßt die interalliierte Kommission eintreten. Die Kommission ordnete an, daß künftig alle Vorladungen der Gerichte außerhalb des Abstimmungsgebietes auch als Pässe für die Einreise nach Oberschlesien gültig sein sollen; diese Vorladungen müssen nur den Vermerk „Gerichtssache" tragen. Sie berechtigen zur Ein- und Ausreise, außerdem zum Aufenthalt während der Zeit der Verhandlung. Die Vorladung muß bei der Ankunft dem zuständigen Kreiskontrolleur vorgelegt werden. Ferner ist für alle Oberschlesier insofern eine Erleichterung eingetreten, als auch diese Vorladung als Paß gilt, wenn ein Oberschlesier von einem außerhalb der Abstimmungsgebiete gelegenen Gericht vorgeladen wird. In diesem Falle erteilt der zuständige Kreiskontrolleur auf der betreffenden Gerichtsvorladung das französische Visum.

Die Erlebnisse eines Arbeitslosen, die wir in der Mittwoch-Morgenausgabe mitteilten, scheinen mehr Dichtung als Wahrheit gewesen zu sein. Wie uns von der Wache am Anhalter Bahnhof mitgeteilt wird, ist der Verhaftete weder beschimpft noch mißhandelt worden.

Das Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht. Berlin W 35, Potsdamer Str. 120, veranstaltet vom 26. August bis 15. September einen Lehrgang für Oberinnen an Frauenschulen. Zweck der Veranstaltung ist, einen Ueberblick über einschlägige wissenschaftliche Fragen und praktische Aufgaben sowie methodische Anleitungen für die Frauenschularbeit zu bieten. Der Plan sieht Vorlesungen von führenden Persönlichkeiten auf dem Gebiet der Sozialpädagogik vor. Programme sowie nähere Mitteilungen erhältlich bei der Geschäftsstelle des Zentralinstituts, Berlin W 35, Potsdamer Str. 120.

Eine Belohnung bis 500 M. erhält derjenige, der nähere Angaben über den Verbleib einer goldenen Herrenuhr Nr. 49654 nebst Kette machen kann, die in der Garderobe des Maschinensaals II in der Buchdruckerei W. Büxenstein abhanden gekommen ist. Gefl. Zuschriften sind erbeten an Wilh. Bartelmus, Berlin O. 27, Grüner Weg 111, IV.

Verurteilte Silberdiebe.

Im Jagdschloß Alt-Glienicke wurde am 11. April ein Diebstahl verübt, bei dem silbernes Tafelgerät im Gesamtwerte von 20000 M. gestohlen wurden. Mittwoch fand die Verhandlung vor der Potsdamer Strafkammer gegen die Angeklagten Leibjäger Karl Sauer, Gastwirt Albert Gall, Arbeiter August Schwarz, sämtlich aus Potsdam, Kaufmann Heinrich Freund aus Berlin und Altwarenhändler Galewski aus Potsdam, gegen die beiden letztgenannten wegen Hehlerei, statt. Das Gericht verurteilte nach fünfstündiger Verhandlung wegen einfachen Diebstahls Sauer zu 1½ Jahren, Gall und Schwarz zu einem Jahr Gefängnis. Freund, bei dem die Angeklagten Gall und Schwarz ihre kostbare Beute für 20000 M. absetzten, wurde wegen Hehlerei mit vier Monaten Gefängnis bestraft. Gegen Galewski erkannte das Gericht auf Freisprechung, da nicht der Beweis erbracht werden konnte, ob die von Schwarz erhaltenen Silbergegenstände von dem Einbruch herrührten.

Neukölln. Sonderzuteilung von Nährmitteln. Der Magistrat hat auf Antrag des Lebensmittelamtes beschlossen, eine Sonderzuteilung von Nährmitteln zu wesentlich verbilligten Preisen an folgende Bevölkerungsgruppen vorzunehmen: Verheiratete Erwerbslose, Empfänger von Invaliden-, Alters- und Hinterbliebenenrenten, sowie Empfänger von Unfallrenten in Höhe von 50 Prozent Vollrente und mehr, Personen, welche laufende Armenunterstützung beziehen, Kriegshinterbliebene, ledige Erwerbslose, Minderbemittelte bis zu einem Einkommen von 6000 Mark, wobei für jedes nicht erwerbsmäßige Kind diesem Einkommen ein Betrag von je 1000 Mark hinzuzurechnen ist. Die entsprechenden Bekanntmachungen erfolgen in den Neuköllner Tageszeitungen.

— **Ausbau der Industriebahn.** Zu den von der Stadt eingerichteten Notstandsarbeiten gehört unter anderen die Erweiterung des Bahnnetzes im Industriegelände östlich des Schiffahrtskanals. Die Arbeiten schreiten auch hier rüstig fort. Für die Schüttung der zahlreichen Dämme und Bahnkörper, die zurzeit in der Ausführung begriffen ist, kommt zum Teil das beim Aushub des Untergrundbahntunnels gewonnene Bodenmaterial zur Verwendung. Eine Reihe von Bahnüber- und Unterführungen dürfte noch vor Beginn des nächsten Jahres beendet sein, so zum Beispiel neben der fast fertigen Kaiser-Friedrich-Brücke unter anderen die drei Brücken im Zuge der Grenzallee, die Köllnische-Allee-Brücke, die Unterhafenbrücke und die Brücke über die Straße 903. Die am Kanal und am Handelshafen belegenen Ladestraßen und Ladeplätze sind schon jetzt zum größten Teil fertiggestellt. Von den projektierten Krananlagen ist eine vollständig ausgeführt, drei weitere, darunter eine große fahrbare Verladebrücke, sind in der Montage begriffen.

— **Die Freie Turnerschaft Berlin. Bezirk Neukölln.** die wiederholt bei Arbeiterfesten mitgewirkt hat und etwa 900 Kindern und Jugendlichen Turngelegenheit bietet, veranstaltet am Sonnabend ihr Sommerfest im Kaisergarten. Eröffnung 8 Uhr. Eintritt 1.50 M. Turnerische und humoristische Darbietungen, Theater, Festansprache und großer Festball. Die Neuköllner Arbeiterschaft und Arbeiterjugend werden um ihren Besuch gebeten.

Reinickendorf. Der Vorbereitungsunterricht zur Jugendweihe beginnt unmittelbar nach den Schulferien. Anmeldungen nehmen alle soz. Elternbeiräte entgegen. Diese übermitteln alle Anmeldungen der II. Gemeindeschule dem Obmann Genossen Hoffmann, Schillingstr. 20; der V. Gemeindeschule dem Obmann Gen. Schmidt, Scharnweberstr. 61 II.

Niederschöneweide. Gemeindevertretersitzung. Die Gehälter für die Beamten wurden nach Berliner Muster bewilligt. Zu einer längeren Debatte kam es bei Beratung der Schulangelegenheiten. Mehrere Redner der S. P. D. und der U. S. P. D. liefen Sturm dagegen, daß die Rektoratsfrage immer noch nicht erledigt sei, trotzdem die beiden Lehrer nun schon bald ½ Jahr gewählt sind. Es hat den Anschein, als ob die Regierung absichtlich die Sache bis nach dem Oktober verzögern möchte, da Niederschöneweide dann nichts mehr zu sagen habe. Es wurde aber betont, daß man sich das nun nicht länger gefallen lassen wolle und seitens der beiden sozialdemokratischen Elternbeiräte, die die übergroße Mehrheit der Eltern vertreten, ganz energisch Stellung nehmen wird, um die Bevölkerung, die ohnehin schon stark erregt ist, zum Protest auf die Beine zu bringen und vor einem Schulstreik nicht zurückschrecken wird. Der Redner der U. S. P. D. behauptete, das ein Teil der Lehrerschaft gegen die neugewählten Rektoren Stellung nimmt. Die Gemeindevertretung wird sich aber nicht gefallen lassen, daß die Lehrer ihre Beschlüsse sabotieren. Nach der Aussprache wurden auch die Gehälter der Lehrer bewilligt. Einige andere Sachen wurden dann schnell erledigt.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Heute, 23. Juli:

Lichtenberg. 7½ Uhr Generalversammlung in der Schule, Marktstraße 10/11. Stellungnahme zum Bezirkstag, Beratung des neuen Statuts, Wahl von 11 Delegierten, Verschiedenes.

Nieder-Schönhausen. Alle Genossen, welche sich bereit erklärt haben, zum Sommerfest zu helfen, um 7 Uhr im Schloß Schönhausen.

Borsigwalde. Mitgliederversammlung 7½ Uhr, Borsigwalder Festsäle. Thema: Die politische Lage.

Morgen, 24. Juli:

36. Abt. 7 Uhr Funktionärsitzung bei Döll, Bergstr. 71. Erscheinen aller Funktionäre notwendig.

•

23. Abt. (Böhow-Viertel). Alle Genossen, die sich an den am Sonntag, den 1. August, stattfindenden Familienausflug nach dem Oranklee in Hohenschönhausen beteiligen wollen, werden ersucht, sich unter Angabe der Kinderzahl bei Gott, Kniprode- Ecke Bardelebenstraße bis zum 28. Juli zu melden.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Republikanischer Führerbund. Bezirk 18 (Schöneberg): Versammlung am 24. Juli, 7 Uhr, Schöneberg, Hauptstr. 15, Lokal. Bezirk 13 u. 14 (Charlottenburg-Westend): Versammlung am 24. Juli, 8 Uhr, Bismarckstraße 38, Ecke Seelenbinder Str., Lokal. — **Alle alten Mitglieder des Agitationsvereins** für die Kreise Wittenberg, Schweinitz, Torgau, Liebenwerda von 1890 und Humoristische Pfeifenbrüder 1905 (Salzwedel, Klosterstraße): Auszahlung der Spargelder am Sonnabend, 8 Uhr, Kolonie „Brüderlichkeit", NO. Verlängerte Kniprodestraße, beim Genossen Karl Lobse, Laube 11. — **In der Urania,** Taubenstr. 48/49, wird am Sonntag, Mittwoch und Sonnabend der Vortrag „Von der Zugspitze zum Watzmann" wiederholt. Am Montag gelangt der Vortrag „Die Insel Rügen" und am Donnerstag der Vortrag „Von Kopenhagen bis Stockholm" zur Darstellung, während Dienstag und Freitag der Vortrag „In den Bergen Tirols" wiederholt wird.

Sport.

Die Zweijährigen-Rennen. Die Oberste Behörde für Vollblutzucht und Rennen erläßt folgende Bekanntmachung:

Die Starts zu den Zweijährigen-Rennen in diesem Jahre haben gezeigt, daß die meisten Zweijährigen zu wenig an das Starten mit der Startmaschine gewöhnt waren. Die Herren Trainer werden ersucht, in der Arbeit die Zweijährigen an die Startmaschine und vor allem an das Starten aus dem Stand zu gewöhnen, damit ein gleichmäßiges Abkommen der Pferde auch in den Zweijährigen-Rennen ermöglicht wird.

Ringkämpfe Schöneberg. Am Mittwoch wurde der Entscheidungskampf Ritzler-Schwarz fortgesetzt. Ritzler leistete seinem Gegner hartnäckigen Widerstand, so daß Schwarz erst nach einer Stunde 7 Minuten einen Untergriff anbringen konnte, welcher Ritzler auf beide Schultern brachte. Beim darauffolgenden Kampf siegte Weber über den sich gut verteidigenden Erfasen. Recht erheiternd wirkte der Kampf zwischen Hochdanen und Löwe. Die 20 Minuten waren zu kurz, um ein Resultat zu erzielen. Der Rest des Abends wurde durch den Entscheidungskampf Petitjean-de Souza ausgefüllt.

Kartell der freien Sportvereinigungen.

Freie Turnerschaft Berlin. Sonnabend: Sommerfest des 4. Bezirks in Neukölln, Kaisergarten. Anfang 3 Uhr, Eintritt 1.50 M. — Sonntag: 2. Männer- und Frauenabteilung: Familienpartie nach Schulzendorf. — 1. Mädchenabteilung: Turnfahrt quer durch den Grunewald. Treffpunkt: 6½ Uhr, Kottbuser Tor. — Montag: Turnausschußsitzung bei Drogge, Diessenbachstr. 57.

Touristenverein Naturfreunde. Ortsgruppe: Berlin-Ostbahnvororte. Sonnabend und Sonntag durch die Scharfheide. Abfahrt Sonnabend: Reinickendorf-Rosenthal 6.45 nachmittag (ab Stettiner Vorortbahnhof 5.50) bis Groß-Schönebeck.

Freier Wanderbund. Heute: Mitgliederversammlung bei Diele, Hevse Nachf., Boxenstr. 19. — Sonnabend: Nachtwanderung Eberswalde-Werbellinsee. Abfahrt: Sonnabend 8.24 nachmittag Stettiner Fernbahnhof. — Sonntag: Buch-Gortnsee. Abfahrt: 5.40 vormittag Stettiner Vorortbahnhof.

Turn-Sportverein Norden. Sonnabend und Sonntag: Nacht- und Tagtourfahrt der Männerabteilung nach Kablow. Treffpunkt: Sonnabend 9 Uhr abends Bahnhof Schönhauser Allee.

Arbeiter-Radfahrerbund Solidarität. Ortsgruppe Berlin, II. Abt. Sonnabend 6 Uhr nach Leuenberg—Binnenthal—Strausberg. Sonntag 5 Uhr nach dem Götzer (Spitzmühle). Starts: Fontanepromenade 18. Gäste willkommen.

Turnfest in Luckenwalde. Der 4. Bezirk der Arbeiterturner der Mark Brandenburg veranstaltet am Sonntag ein Turn- und Volksfest in Luckenwalde. Die südwestlichen Vorortvereine fahren mit Sonderwagen 4¹⁰ (nicht 4³⁰) ab Lichterfelde-Ost. Treffpunkt der Vereine 8½ Uhr am Bahnhof. Jugendliche halbe Preise.

Wetteraussichten für das mittlere Norddeutschland bis Sonnabend mittag. Zunächst im Osten noch ziemlich zahlreiche und vielfach starke, im Westen geringere Gewitterregen mit Abkühlung. Später im Westen wieder langsam aufklarend.

Spa im Reichswirtschaftsrat.

(Fortsetzung aus der Abendausgabe.)

Reichsarbeitsminister Brauns:

Die Kohlenfrage ist in erster Linie eine Frage der Erzeugung, dann erst eine Frage der Verteilung. Bei der Erzeugung spielt der Faktor Arbeit natürlich die Hauptrolle. Deshalb kann es auch nicht auffallen, daß sich angesichts der Verhandlungen in Spa der Bergarbeiter eine sehr große Erregung bemächtigt hat. Diese Erregung war schon vor Beginn der Verhandlungen in Spa vorhanden; sie hat sich während derselben noch gesteigert, und sie ist auch heute noch nicht erloschen. Diese Erregung der Bergarbeiter ist meines Erachtens verständlich. Die Bergarbeiter hörten von den hohen Forderungen der Entente und von der Art, wie sie diktatorisch durchgesetzt werden sollten. Da lag für sie der ängstliche Gedanke nahe:

Das geht auf unsere Kosten,

auf Kosten unserer Arbeitskraft, auf Kosten der Gesundheit des Kohlenbergmanns. Und nun erst die Drohung der Durchsetzung mit Gewalt! Gerade der Bergmann ist besonders stolz auf seine Vergangenheit.

Die deutschen Bergarbeiter fühlen sich durchaus solidarisch mit der ganzen Arbeiterschaft Deutschlands. Dieses Solidaritätsgefühl hat sie gerade zu den Ueberschichten veranlaßt. Nunmehr fürchten sie, daß durch die hohen Forderungen der Entente Deutschlands Industrie in weitgehendem Maße stillgelegt werden wird und die Arbeitslosigkeit, die ohnehin infolge der Absatzschwierigkeiten schon einen besonders hohen Grad erreicht hat, sich noch erhöht. Dazu kommt, daß die Bergleute fürchten, daß auf dem Umwege über das Spa-Abkommen die Frage der normalen Schichtdauer in einem für sie ungünstigen Sinne gelöst wird. In diesem Punkte sind die Bergarbeiter besonders empfindlich. Sie verlangen, daß

die Frage der Schichtdauer

unter Beteiligung der Arbeiterschaft der ganzen Welt gelöst wird, und fühlen sich in dieser Angelegenheit solidarisch mit den Bergarbeitern der ganzen Welt. Die Stimmung der Bergarbeiter über das Spaabkommen ist deshalb durchaus verständlich. Damit müssen die Wirtschaftspolitiker hüben und drüben rechnen. Wir hoffen zuversichtlich, daß dennoch die Bergarbeiterschaft nicht aus der Erregung des Augenblicks heraus endgültige Beschlüsse fassen wird. Zu dieser Hoffnung berechtigen uns die Erfahrungen, die wir bisher mit den Bergarbeitern gemacht haben.

Ich will einige Zahlen geben über die wirtschaftliche Rolle, die die Ueberstunden gespielt haben.

Die monatliche Kohlenförderung im Ruhrrevier

betrug im Juni 1919 6 271 286 Tonnen, im Januar 1920 6 886 742 Tonnen und Ende Mai 1920 7 931 190 Tonnen, auf den Arbeitstag umgerechnet betrug die Förderung im Juni 1919 241 308 Tonnen, im Januar 1920 264 875 Tonnen und im Mai 305 043 Tonnen. Dieser Effekt ist erzielt worden teils durch die Ansetzung einer größeren Zahl von Bergarbeitern und teils durch Ueberschichten. Den Anteil der Ueberschichten und Nebenschichten kann man aus folgenden Zahlen erkennen: im Juni 1919 wurden an Nebenschichten und Ueberschichten verfahren 271 910 Stunden im Januar 1920 342 007 Stunden und im Mai 1920 1 723 768 Stunden; auf den einzelnen Bergarbeiter kommt dabei im Juni ein Anteil von 0,69, im Januar 1920 von 0,74 und im Mai 3,69. Angesichts der

Gesamtlage des Wirtschaftslebens

ist dieses Ergebnis überaus anerkennenswert. Leider wird es im laufenden Monate nicht zu verzeichnen sein. Die Beteiligung an Ueberschichten ist im Abflauen und ferner besteht in Bergarbeiterkreisen die Absicht, das Ueberschichtenabkommen zu kündigen. Hauptgründe dafür sind die ungeheure Sommerhitze, unter der die Arbeiter schwer gelitten haben und das schlechte Brot. Unter solchen Erschwernissen 10½ Stunden arbeiten zu müssen, läßt sich wohl auf die Dauer nicht ertragen. Das Arbeitsministerium hat deshalb neue Verhandlungen auf neuer Grundlage für ein besseres Abkommen vorbereitet. Daraus erhofft es ein günstiges Ergebnis und die Möglichkeit, das Spa-Abkommen zu erfüllen, daß das Wirtschaftsleben nicht erschüttert werden wird. (Unruhe.) So sehr auch die Bergarbeiter ihre Interessen wahrnehmen müssen, so entschlossen sind sie auch in der Beteiligung an der Wiederaufbauarbeit für Deutschland und für Europa. Aber das Zustandekommen eines Abkommens über Mehrarbeit der Bergarbeiter ist doch abhängig von gewissen Voraussetzungen. Es ist durchaus verfehlt, in der Durchführung des Spa-Abkommens lediglich das Problem der Mehrleistung der Bergleute zu erblicken. (Zuruf: Bankrott.) Eine Voraussetzung ist, daß der Bergbau auch nach der technischen Seite hin gehoben wird. (Lebhafte Zustimmung.) Nach dem

Raubbau im Verlauf des Krieges

an den Kohlen, der notwendig gewesen sein mag, sind neue Vorrichtungsarbeiten in weitestem Umfange notwendig, um den Bergbau auf einen höheren Stand zu bringen. Aber auch in der Betriebsorganisation können noch eine Menge Maßnahmen getroffen werden, die fördernd auf das Produktionsergebnis einwirken. (Lebhafte Zustimmung.) Das Spa-Abkommen hat uns heute in eine ähnliche Lage gebracht, wie im Verlauf des Krieges. (Lebhafte Zustimmung.) Die Lösung der Wirtschaftskrise infolge des Spa-Abkommens ist auch keineswegs nur eine Frage des Steinkohlenbergbaues. Alle diejenigen Industrien, die für die Vorarbeit des Bergbaues notwendig sind, müssen ihre Arbeitsleistung steigern; ebenso muß auch die Frage des Abtransports in weitestgehendem Umfange durchdacht werden. Auch auf diesen Gebieten müssen entsprechende Abkommen mit den fraglichen Arbeiterschichten getroffen werden. Die Bergarbeiterschaft wird dem Reichswirtschaftsminister dafür dankbar sein, daß er zugesagt hat, daß Kohlenschiebungen fortan mit allen Mitteln unterbunden werden sollen. Das wird zweifellos eine der Hauptbedingungen sein, die die Bergarbeiter für die Uebernahme der Mehrarbeit stellen. (Lebhafte Zustimmung.) Notwendig ist aber besonders auch die Verbesserung der

Lebensführung der Bergarbeiter,

für die das Spa-Abkommen ja gewisse Vorteile bietet. Weitere Einzelheiten müssen Sie in Ihrem Ausschuß beraten und müssen Gegenstand der Verhandlungen mit den Bergarbeitern sein, die schon morgen beginnen werden. Wir erleben gegenwärtig alle schwere Stunden und hoffen, daß die Arbeiterschaft soviel Weitblick aufbringen wird, daß sie die Grundlagen alles sozialen Fortschrittes nicht aus den Augen verliert.

Es ist ganz selbstverständlich, daß die Arbeiterschaft die Errungenschaften jahrzehntelanger gewerkschaftlicher Kämpfe und die Errungenschaften der letzten Zeit nicht preisgeben will. Sie muß sich aber darüber klar sein, daß kein sozialer Fortschritt von Bestand ist, wenn der wirtschaftliche Boden dafür schwindet. (Lebhafte Zustimmung.) Ihn gilt es zu retten und zu befestigen. In diesem Zusammenhange rufe ich den Bergarbeitern und dem ganzen deutschen Volke zu, daß Opfer und Hingabe im Interesse des sozialen Fortschrittes notwendig sind. (Lebhafter Beifall.)

Reichsernährungsminister Hermes:

Im Verlauf der Spa-Konferenz ist auf seiten der Alliierten unverkennbar der Wunsch hervorgetreten, dem deutschen Volke in seiner schwierigen Ernährungslage zu helfen. Das stellte sich zunächst bei den Verhandlungen über die Entwaffnungsfrage heraus. Dabei wurde von gegnerischer Seite der Gedanke ausgesprochen, daß die Entwaffnungsaktion umso leichter sein würde, wenn Deutschlands Ernährungslage verbessert werden würde. Auch beim Kohlenabkommen ist von gegnerischer Seite die Bedeutung der Ernährungsfrage klar erkannt worden. Aus dieser Erwägung heraus hat die Entente durch den Mund des französischen Ministerpräsidenten Millerand schon in einer der ersten Sitzungen ihren Willen zum Ausdruck gebracht, Deutschland in der

Ueberwindung der Ernährungsschwierigkeiten

zu helfen. Dieser Wille kommt praktisch in den Artikeln 2 und 6 des Abkommens zum Ausdruck. Nach dem Artikel 2 werden uns an Frachteinnahmen infolge des Kohlenabkommens im Verlauf der nächsten sechs Monate 30 Millionen Goldmark zur Verfügung stehen, die ausschließlich für eine bessere Ernährung der Bergarbeiter verwandt werden sollen. In der Ernährungsverbesserung für die Bergarbeiter spielt die Hauptrolle die sofortige Verbesserung des Brotes. Ich darf als meine Ueberzeugung zum Ausdruck bringen, daß diese Verbesserung des Brotes in allernächster Zeit möglich sein wird. Wir verfügen bereits wieder über 8000 Tonnen Auslandsgetreide und haben gestern an Inlandsgetreide 6000 Tonnen erhalten, während wir bisher täglich nur mit 2—3000 Tonnen rechnen konnten. Auch die Zufuhr aus dem Auslande stellt sich auf täglich 4—5000 Tonnen. Es besteht also die nahe Möglichkeit, dem Wunsche nach der Verbesserung des Brotes zu entsprechen. Dem Appell des Reichswirtschaftsministers an die deutsche Landwirtschaft schließe ich mich vollinhaltlich an. Die Landwirtschaft darf in diesem Augenblick nicht versagen und muß bereit sein zur Uebernahme von Unbequemlichkeiten, die notwendig sind, um ihrerseits Höchstleistungen zur Linderung der Wirtschaftslage zu erzielen. Dabei möge die Landwirtschaft beachten, daß die gegenwärtigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten nicht durch das Abkommen in Spa herbeigeführt worden sind, sondern dadurch nur eine weitere Zuspitzung erfahren haben.

Der allgemeine Zusammenbruch

ist nur vermeidbar durch gegenseitige Opfer für den Wiederaufbau unserer Wirtschaft. (Lebhafte Zustimmung.) Die 30 Millionen Goldmark auf Grund von Artikel 2 reichen zu der notwendigen Verbesserung der Lebenshaltung der Bergarbeiter nicht aus. Deshalb muß zurückgegriffen werden auf die Vorschüsse nach Artikel 6 des Spa-Abkommens.

Ueber die Bedingungen der Vorschußzahlung ist noch nichts Näheres vereinbart, auch nicht über den Verwendungszweck im einzelnen. Offensichtlich sind diese Vorschüsse in erster Linie für die Ernährung der Bevölkerung, im besonderen der Bergarbeiter, bestimmt, ein gewisser Betrag auch für die Kleidungsstücke. Es wird Aufgabe des Kabinetts sein, sich über die Verwendung mit größerer Beschleunigung klar zu werden. Grundsätzlich kann festgestellt werden: Das Spa-Abkommen gibt uns die Möglichkeit einer wesentlichen Erleichterung der Ernährung. (Bravo!) Nicht nur durch die Erleichterung des Einkaufs, sondern auch durch eine

Senkung der Preise

für die eingeführten Lebensmittel. Es wird ein einheitlicher Plan für die Ernährungswirtschaft des künftigen Jahres zurzeit ausgearbeitet. Er baut sich auf den eigenen Devisen auf, auf den Vorschüssen und auf der 5-Mark-Goldprämie der Entente. Wesentlich ist für uns, daß der Einkauf durch uns getätigt wird. Die Entente stellt uns die Vorschüsse zur Verfügung; alles übrige ist unsere Sache. Mit Hilfe der Vorschüsse werden wir nicht nur die Einfuhr von Lebensmitteln betreiben, sondern auch die werbende Einfuhr von Rohphosphaten für die Düngung und von Futtergetreide für den Wiederaufbau unserer Viehbestände. Die notwendige Senkung der Lebensmittelpreise hat die Voraussetzung einer Senkung der Preise der Düngemittel und der Futtermittel.

Am Tage vor unserer Abreise in Spa habe ich noch den Vorschlag unterbreitet, mit größter Beschleunigung eine Sonderkonferenz der Ernährungsminister Deutschlands, Frankreichs, Italiens und Englands zu veranstalten, um Klarheit zu schaffen über die prinzipiellen Grundlagen der Vorschüsse und über die Möglichkeit einer gemeinsamen Einkaufstätigkeit für die Zukunft. Hier laufen die Interessen der einzelnen Länder parallel. Ich habe den Eindruck, daß unsere Anregung bei den Engländern auf fruchtbaren Boden gefallen ist. Spa wird uns auch die Möglichkeit geben, eine gesunde Einfuhrpolitik zu treiben. Die Erleichterung der Einfuhr muß organisch und planmäßig fortgeführt werden. (Beifall.)

Auf Antrag Wissell werden dann die Verhandlungen vertagt, um den Gruppen Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.

Nächste Sitzung: Sonnabend 10 Uhr. Wahlen, Aussprache über die Regierungserklärungen.

Schluß 12 Uhr.

Wirtschaft

Der Lohnabbau soll es machen.

Der Verein deutscher Werkzeugmaschinenfabriken sagt in seinem Jahresbericht u. a.: Die gesteigerte Ausfuhr im Jahre 1919 hat sich als Rettung für die Industrie erwiesen und einen Ausgleich für den abnehmenden Inlandsbedarf geschaffen. Es wäre aber ein Trugschluß, zu glauben, daß die Ausfuhr auch für den Rest des Jahres 1920 eine Gewähr für die Absatzmöglichkeit unserer Industrie geben könne. Man darf nicht vergessen, daß sich die Gesamtproduktion des deutschen Werkzeugmaschinenbaues gegenüber dem letzten Friedensjahr 1914 beträchtlich gehoben hat. Wenn auch alle Mitteilungen aus dem Ausland gleichlautend dahin gehen, daß für lange Zeit hinaus ein gewaltiger Bedarf vorliegen wird, so geht nach sicheren Anzeichen doch außer Zweifel, daß schon mit Ende des Jahres 1920 der Wettbewerb im Ausland mit unserem Hauptkonkurrenten, dem Amerikaner, in scharfer Weise einsetzen wird. Bis dahin müssen wir lernen, unsere Herstellungskosten durch Abbau der Rohstoffe und Löhne zu verringern. Wir müssen Verkaufsgelegenheiten schaffen, die denjenigen der Amerikaner zum mindesten ebenbürtig sind und wir müssen schließlich lernen, uns wieder mit dem Nutzen zu begnügen, welchen der alterfahrene Fabrikant als angemessen und ausreichend in früheren Jahren zu bezeichnen gewöhnt war. Wir hoffen, daß das Ansteigen der Mark in gleichmäßigem, ruhigem Tempo weitergeht, unter Vermeidung sprunghafter Wendungen, so daß die Industrie in der Lage ist, ihre Auslandspreise allmählich abzubauen und sich auf die veränderte Geschäftslage Schritt für Schritt einzustellen.

Ehe die Herren Werkzeugmaschinenfabrikanten an den „Lohnabbau" denken, der zurzeit überhaupt nicht diskutabel ist, sollen sie, wie wir gefordert haben, vorerst ihren Verkaufsapparat für das Ausland durch Zusammenschlüsse verbessern und verbilligen. Das ist dringend notwendig. Die Kräftezersplitterung bei der außerordentlich großen Zahl gegeneinander konkurrierender deutschen Firmen ist geradezu ein Hohn auf die heutige Notlage. Die Werkzeugmaschinenfabriken haben durch die Ausfuhr bei der schlechten Valuta so gewaltig verdient, daß sie Betriebseinschränkungen leichter ertragen können als die Arbeiter und Angestellten.

Den Zusammenschlüssen zu mächtigen Organisationen für die Ausfuhr steht der Wirtschaftsegoismus der Fabrikanten entgegen, insbesondere der kleinen und mittleren. Sie fürchten, daß sie in der Organisation von den kapitalstarken Konkurrenten an die Wand gedrückt und aufgefressen werden. U. E. kommt es darauf an, daß eine große Exportorganisation geschaffen wird, in der die Arbeitnehmer paritätisch vertreten sind, damit nicht über die Arbeitnehmerinteressen hinweg nur die rein kapitalistischen Unternehmerinteressen verfolgt werden können. Die Betriebsräte der Maschinenindustrie sollten sich mit diesem Problem eingehend befassen.

Es soll der Schwindel wieder blühen. Der Reichswirtschaftsminister hat die Bekanntmachung der Reichsbekleidungsstelle über das Verbot der Ankündigung und Abhaltung von Ausverkäufen für Textilwaren vom 12. April 1919 und die Ergänzungsbekanntmachung dazu vom 27. Nov. 1919 aufgehoben. Damit sind Ankündigung und Abhaltung von Ausverkäufen und Teilverkäufen, Inventur- und Saisonverkäufen, Restverkäufen, Serien- und Restwochen oder -Tagen, Weißen Wochen oder -Tagen, Propaganda- und Reklamewochen oder -Tagen und von ähnlichen Sonderverkäufen, sowie die Ankündigung von Verkäufen zu herabgesetzten Preisen oder Inventurpreisen für Textilwaren wieder gestattet. Die Gründe, die seinerzeit während des Krieges für den Erlaß dieser und ähnlicher Verbote maßgebend waren, nämlich die Notwendigkeit, die Vorräte an Textilwaren nicht übermäßig und vorzeitig zu räumen und die Kauflustigen vor wirtschaftlich entbehrlichen Anschaffungen zu bewahren, sind im gegenwärtigen Zeitpunkt, wo im allgemeinen und auf dem Textilmarkt im besonderen eine bedrohliche Absatzstockung platzgegriffen hat, nicht mehr stichhaltig. Im Gegenteil muß heute dem Handel, der auf großen Warenbeständen festliegt, die infolge der Verbesserung unserer Währung zum Teil nicht unerheblich entwertet sind, die Möglichkeit gegeben werden, durch den Hinweis auf die besondere Preiswürdigkeit der Waren den Absatz zu ermöglichen, um durch erneuten Umsatz von Waren der Industrie die weitere Erzeugung zu ermöglichen und sie vor Betriebseinschränkungen und Stillegungen zu bewahren. Unlauteren Reklamen und auf Täuschung des Publikums berechnetem Gebahren bei Ankündigung und Abhaltung von Ausverkäufen und ähnlichen Sonderverkäufen wird durch die Vorschriften gegen unlauteren Wettbewerb vorgebeugt werden können.

So wird wieder der Schwindel blühen wie in früherer Zeit. Wer am geschicktesten die schlechteste Ware dem Laienpublikum anpreist, wird das Rennen machen. Daß das Publikum nicht dazu beizutragen vermag, die Güterproduktion und den Handel ehrlich zu machen, das ist gewiß. Statt Ordnung und Ehrlichkeit in die Wirtschaft zu bringen, wird das Chaos und die Anarchie vergrößert, nur damit recht viele Spekulanten ihre Spielergewinne einheimsen können. Solange die Sozialisten sich gegenseitig bekämpfen, statt sich zu positiver Arbeit zusammenzufinden, wird an der wirtschaftlichen Anarchie nichts gebessert werden.

Sitzung von Reichskohlenrat und Reichskohlenverband. Am 29. ds. Mts. findet, wie die „V. P. N." erfahren, eine gemeinsame Sitzung des Reichskohlenrats und des Reichskohlenverbands statt, in der auch die durch das Abkommen von Spa geschaffene Lage erörtert werden wird.

Ermäßigung der Berliner Eisenhandelspreise. Im Zusammenhang mit der Marktlage sind die Preise des Berliner Eisengroßhandels kürzlich um rund 500 M. die Tonne ermäßigt worden. Eine weitere Herabsetzung steht für den August in Aussicht.

Eine deutsch-amerikanische Gründung. Unter dem Namen „Amtea" ist in Hamburg als selbständige Zweigniederlassung der „Amtea", American Steel and Engineering Automotive Products A.-G. in Berlin, ein bedeutsames Unternehmen gegründet worden, welches das Ziel hat, für deutsche Werften amerikanischen Schiffsbaustahl anzukaufen. Von dem mit 1 Million Mark gegründeten Stammkapital hat die Amtea in Berlin die Hälfte übernommen, während die andere Hälfte im Besitze von hanseatischen, mecklenburgischen und schleswig-holsteinischen Interessenten ist. Die Amtea soll bereits erhebliche Abschlüsse für Lieferungen von amerikanischem Stahl für die Werften Blohm u. Voß in Hamburg, ferner für die Weserwerft und Tecklenborg in Bremen vorgenommen haben.

Wir sehen hier das erfolgreiche Vordringen des amerikanischen Großkapitals tief in die deutsche Wirtschaft hinein, während die deutsche Stahlindustrie ihre Erzeugnisse exportiert, statt sie der heimischen Produktion zuzuführen.

Passagierschiffsdienst Hamburg—Südamerika. In dem von der Hamburg-Amerika-Linie, der Woermann-Linie, der Deutsch-Ostafrika-Linie und der Hamburg-Bremer Afrika-Linie gemeinsam betriebenen Dienst nach Afrika soll ab Mitte September ein für die Hamburg-Bremer Afrika-Linie zurzeit noch im Bau befindlicher Dampfer eingestellt werden, der mit Einrichtungen für eine große Anzahl von Passagieren versehen ist und die west- und südafrikanischen Häfen anlaufen soll.

Die gute Massary-Zigarette

Wer sie noch nicht geraucht hat, sollte sie probieren! Wer sie kennt, wird zum überzeugten Anhänger unserer Fabrikate.

Urteilen Sie selbst!

Es ist Ihr eigener Vorteil — wenn Sie jetzt kaufen!

In allen Abteilungen große Preißermäßigung!

Beispiele

Hemdentuch 80 cm breit	Meter	12⁵⁰
Gardinen vom Stück	Meter	6⁵⁰
Gummiband schwarz, f. Strumpfbänder	Meter	2⁹⁵
Stofftwist schwarz und weiß	Knäuel	95 Pf.
Waschblusen weiß und farbig		19⁵⁰
Waschkleider weiß und farbig		78⁰⁰
Lederhausschuhe für Damen	Paar	39⁰⁰
Holzsandalen für Kinder	Paar	95 Pf.
Ein Posten Voiles und Batiste gestickt und bedruckt, 80—115 cm breit	Meter	19⁵⁰

Warenhaus Wilhelm Stein Chausseestr. 70/71

Theater, Lichtspiele etc.

Staatl. Schauspielhaus. (Operetten-Gastspiel) Allabendl. 7½ Uhr: **Die Strohwitwe.** Musik von Leo Blech.

Großes Schauspielhaus. 7: Julius Cäsar (26. Abt., 5. Ab.) So.: Jul. Cäsar (27. Abt., 5. Ab.)

Deutsches Theater. 8 Uhr: **Weib u. Hampelmann**

Kammerspiele. 8 Uhr: **Die Notbrücke**

Kleines Schauspielhaus. Fasanenstr. 1 (Nähe Bhf. Zoo). 8 Uhr: **Büchse der Pandora.**

Theater des Westens Max Pallenberg Gisela Werbezirk: 8 U.: **Rabenvater**

Schiller-Theater. Hans Waßmann: 8 Uhr: **Der ehem. Leutnant**

Theater i. d. Königgrätzer Straße ½8 Uhr: **Geständnis.**

Komödienhaus 8 Uhr: **Petz-Kainer-Ballett.**

Berliner Theater ½8 Uhr: **Der letzte Walzer**

Die Tribüne 8 Uhr: **Bunbury.**

Kleines Theater. 7½ Uhr: **Elise Lensing**

Komische Oper 7½ Uhr: **Die Frau im Dunkeln.**

Lustspielhaus 7½ Uhr: **Der ungetreue Eckehart**

Metropol-Theater. 7½ U.: **Im weißen Röss'l**

Neues Central-Theater 7½ U.: **Die Dame im Frack.**

Neues Operettenhaus 7½ U.: **Natural.-Phantast. Ballett**

Neues Volkstheater 7½ Uhr: **Die 3 Zwillinge**

Thalia-Theater 7½ U.: **Hoheit die Tänzerin.**

Th. am Nollendorfplatz 7½ U.: **Eine Nacht im Paradies**

Theater i. d. Alt. Jakobstr. 7½ U.: **Die verschwund. Pauline.**

Walhalla-Theater. 7½ U.: **Kasernenluft.**

Residenz-Theater. Stadtbahn Jannowitzbrücke. Allabendlich 8 Uhr: Der große Erfolg! **Die Raschhoffs** von Hermann Sudermann. Sonntag 4: Der gute Ruf.

Trianon-Theater. Bahnhof Friedrichstraße. Allabendlich 8 Uhr: Der große Erfolg! **Maskerade** von Ludwig Fulda. Sonntag 4 Uhr: Störenfried.

Rose-Theater. 7½ Uhr: **Ein Walzertraum.**

Circus Busch Gebäude. Täglich 7½ Uhr: Gr. Spezialität.-Vorst.

Theater Folies Caprice Friedrich-, Ecke Linienstr. 7½ Uhr: **Flimmer-Klärchen** Musikalischer Schwank.

Volksbühne Theater am Bülowplatz 7½ Uhr: **Bruder Martin**

Lessing-Theater. Sommerspielzeit Allabendlich 8 Uhr: **Leopoldine Konstantin** in **D. Glas d. Jungfrau**

Deutsches Künstler-Theater Allabendlich 7½ Uhr: **Die bessere Hälfte** mit Max Adalbert.

APOLLO 7½ Theater 7½ Direkt. James Klein. **Juli 1920** **Neue Natura** lebende Kunstwerke **Mauß tollkühne TODESFAHRT** **2 Aegirs** am Meeresgrund. Mary **ZIMMERMANN** v. Dtsch. Opernhaus in ihren Tänzen u. weitere Sensation.

Theater am Kottbuser Tor. **Elite-Sänger** Täglich 7½ Uhr. Gastspiel d. Original-**Leipziger** Fritz-Weber-**Sänger.** Vorverkauf 11-1½ u. 4-6 Uhr.

Reichshall.-Theater Täglich 7½ Uhr: Währ. d. Ferien d. Stett. Sänger **Varieté-Vorst. und Burleske** Ab 1. 8. 20 wieder **Stettiner Sänger** Bahnhof-Brettl) Anf. 8½ U. Garten u. Saal / Sonnt. 5 U.

Schloßbrauerei Schöneberg :: Hauptstr. 121/32. Dir.: E. Krämer. **Heute ringen:** Petitjean gegen de Souza Schwarz gegen May Schachschneider geg. Ritzler Entscheidungskampf: Löwe gegen Hochdanen

UFA-PALAST ZOO Tägl. 7¾ Uhr: **Hortstein-Gastspiel** sowie der grosse **Varieté-Spielplan** Vorverkauf 11 bis 2 (ohne Aufschlag)

Neue Welt, Hasenheide 108/114. Freitag, 23. Juli, abds. 7½ Uhr: **Konzert** des Blüthner-Orchesters mit dem Männer- u. Frauenchor Ost u. Frauenchor Rochen. Dirigent: Franz Bothe.

Winter-Garten Täglich 7¹⁵ Uhr: **Varieté-Spielplan** Rauchen gestattet!

Sommerth. GROSS-BERLIN (Kliems) Hasenheide 15. **Prinz und Bettlerin.** Sbd.: Jubiläums-Aufführg. Prinz u. 25. Bettlerin Sod. ¼4: Kinder-Vorstellg. **Max und Moritz.** — Kleine Preise! —

Admirals-Palast 7½ Uhr: **Die lustige Puppe.**

B T L Potsdamer Str. 38 **Reinh. Schünzel** **Otto Gebühr** in **Drei Nächte.** Außerdem das Lustspiel **Die Berliner Range** Lotte Bach's 2. Streich mit Hilde Wörner. Turmstr. 12 **Die Banditen v. Asnières** mit **Max Landa** **Reinh. Schünzel** Alexanderpl.-Passage **Sklaven des XX. Jahrhunderts.**

UFA Ufa Palast am Zoo — Tauentzien-Palast — Mozart-Saal — Kammer-Lichtspiele — U Nollendorf-Platz — U Kurfürstendamm — U Friedrichstr. — U Alexander-Platz — U Weinbergsweg — U Schöneberg — U Hasenheide

Gastspiel **Wilhelm Hartstein** VARIETÉ Wochentags ...... nur 7¾ Uhr Sonntags .... 4 und 7¾ Uhr

Menschen von heute Schauspiel mit Grete Freund und Felix Basch

Das Götzenbild der Wahrheit Schauspiel

Der Kammersänger Maxim-Film

Der Prinz von Montecuculi Lustspiel mit Karlchen

Der Schauspieler der Herzogin Schauspiel mit Harry Liedtke und Käthe Dorsch

Niemand weiss es Schauspiel / Regie: Lupu Pick Hauptdarsteller: Edith Posca / Johannes Riemann

Die Frau im Doktorhut Maxim-Lustspiel mit **Lotte Neumann**

Weinbergsweg **Rauschgold** Schauspiel

Henny Porten Das Maskenfest des Lebens Schauspiel

Zirkus Wolfson Die letzte Gala-Vorstellung

Wochentags ab 7 Uhr Sonntags: Beginn 4 Uhr

Viscitin kräftigt alle: Kinder, Greise, Schwächliche, Kranke, Reconvalescenten, Stillende Frauen & Wöchnerinnen, Bleichsüchtige, Magen Darm Lungen Gemütsleidende. zu haben in allen Apotheken & Drogerien Schöbelwerke, Dresden 16

Umlernen muß heute die ganze Welt, jedoch gar mancher wird davon besonders schwer betroffen. Er muß den ihm lieb gewordenen Beruf aufgeben und steht damit vor einer fast unlöslichen Aufgabe. Das beste Mittel, sich einen neuen Beruf, eine bessere Stellung zu verschaffen, bietet die **Methode Rustin** (**5 Direktoren höherer Lehranstalten, 22 Professoren als Mitarbeiter**), ohne Lehrer durch Selbstunterricht unter energischer Förderung des einzelnen durch den persönlichen Fernunterricht. Wissenschaftl. geb. Mann, Wissensch. geb. Frau, Geb. Kaufmann, Geb. Handlungsgehilfin, Bankbeamte, Einj.-Freiw.-Prüfg., Abit.-Exam., Gymn., Realgymn., Oberrealschule, Lyzeum, Oberlyzeum, Mittelschullehrerprüfg., Zweite Lehrerprüfg., Handelswissenschaften, Landwirtschaftsschule, Ackerbausch., Präparand., Konservatorium. **Ausführl. 60 S. starke Broschüre über bestandene Examen, Beförderungen im Amte, im kaufmännischen Leben usw. kostenlos durch**
Bonneß & Hachfeld, Potsdam, Postf. 224

3 seltene Bücher F. E. Bilz III. Aufl.
die jedem große Freude und Nutzen bringen werden.
Naturstaat, Reformvorschläge zu ungeahntem Glück, 7,50, geb. 10.
Tote leben! mit 32 Geisterphotographien Pr. 7,50 M., geb. 10 M.
Mit 78 Jahren noch jung und kerngesund. Preis 1 M.
Für jede Hausbibliothek unentbehrlich. **Bilz Verlag, Leipzig.**

Die Brotwinsel

Von ARTUR ZICKLER
Eine Auswahl seiner besten Spottgesänge
Preis 4 Mk.
Zu beziehen durch den Verlag Vorwärts, Berlin SW., Lindenstr. 2 oder Geschäftsstellen der Zeitungszentrale (Z.Z.)

Giftfreie naturgemäße Behandlung von **Haut-, Harn- und Unterleibsleiden,** ohne Berufsstörung. Aufklärende, belehrende Broschüre für 1 Mk. portofrei in verschlossenem Umschlag ohne Aufdruck durch
Spezialarzt Dr. med. Dammann, Berlin 11, Potsdamer Straße 123 B. Sprechzeit: 9—11, 2—4, Sonntags 10—11.

50000 M. Belohnung zahle ich nicht, aber nachweislich die höchsten Preise für **Gold-, Platin- und Silberbruch sowie Brillanten, Uhren, Zahngebisse usw.** **H. WIESE** **Artilleriestraße 30.** Wegen dringenden Bedarfs zahle für **Platin 73** Mark (Freibl.) Fahrt wird vergütet.

Gegründet 1890

Lampions Riesen-Auswahl billig! **Stocklaternen — Lichte dazu** Sommer- u. Volksfestartik., Mützen, Scherz- u. Verlosungsart., Spielwar. **Feuerwerk** reichhalt. Sortimente f. Garten, Land u. Wasser. **Bengal-Feuer** Wiederverkäufer billigste Preise. Lagerbesuch sehr lohnend! Versand nach auswärts sofort! **Scherzartik.-Fabrik A. Maas & Co.** Berlin 35., Markgrafenstr. 84, an der Lindenstr. Gr. illustr. Liste f.

Feuerwerks-körper, Lampions billigst in groß. Ausw. Gust. Neumann Ww. C 14, Wallstr. 80, Ecke Neue Roßstraße. Tel.: Moritzpl. 9292.

Zigarren Suche noch einige Dauerabnehmer für Zigarren (reine Havanillos) in der Preislage 420 bis 1450 pro Mille, ¹/₁₀ und ¹/₂₀ versteuert. Probe-Paket 900 Stück sortiert

60	Kleinverkauf	100 Stck.	42.—
70	„	100 „	54.—
80	„	100 „	60.—
90	„	100 „	65.—
1.—	„	100 „	72.—
1.20	„	100 „	90.—
1.50	„	100 „	105.—
1.80	„	100 „	130.—
2.—	„	100 „	145.—
Nachnahmepaket		900 „	763.—

Fritz A. Ziegler, Berlin 68, Kochstraße 30

Prima Kernseife, 9 Pfund für 108 M., liefert gegen Nachnahme **Heinrich W. Denecke,** Düsseldorf, Schließfach 344.

Schuhkreme, billigste Bezugsquelle für Händler. Wegener, Pankstr. 48.

Kupfer....8,20
Messing..4,20
Blei, Zink 2,20
Rotguß...7,20
Zinn bis 25.—
Schulzendorfer St. 2

Armeepistolen 08 Parabellum Mauser 9 Millimeter kauft und zahlt höchste Preise **W. Dietke,** Berlin SW, Kommandantenstr. 36

Kupfer per Kg.		8,—
Messing	„ „	4,—
Blei	„ „	2,—
Zink	„ „	2,—

Spiralbohrer höchstzahlend. Waßmannstr. 22, im Laden.

Ostfriesischen **Brenntorf** Saison 1920 liefert waggonweise nach jeder Bahnstation ab Station Westrhauderfehn. Preisangabe auf Anfrage. 810/2* **O. Maecker,** Westrhauderfehn (Ostfriesland).

Junge Eheleute erhalten Prospekt über Mutterschutz unentgeltlich. **Frau Emma Fischer,** Berlin-Wilmersdorf 138, Kaiserallee 168. 187/17*

Enthaarung! Gesichtshaare u. alle häßl. Körperhaare vernichtet sof. schmerzl. u. radikal **Depilator** durch Absterben d. Wurzeln allmählich und für immer. Garant. unschädlich! M. 5.— u. M. 7,50, verstärkt nur 12,50. Otto Reichel, Berlin 43, Eisenbahnstr. 4.

Zelluloid-Film-Abfälle kauft **Ordower,** Friedrichstr. 46 Ecke Zimmerstr. und Georgenkirchstr. 50, nahe dem Alexanderplatz. 9—12½, 2½—7. 50/13*

Sozialdemokrat. Verein Berlin S. P. D. 6. Abteilung.
Am Dienstag, 20. 7., verstarb während des Besuchs der Versammlung in Altems Festsälen am Herzschlag unser Genosse, der Schneider
Marcellus Wolowski
Borchstr. 39
im Alter von 38 Jahren.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonnab., d. 24. 7. nachmittags ½3 Uhr, auf dem „Alten Michaelkirchhof", Hermannstr., statt.
Zahlreiche Beteiligung erwartet 119/10
Der Vorstand.

Statt Karten!
Für die überaus vielen Beweise dankbarer Liebe bei der Einäscherungsfeier meines lieben herzensguten Mannes, unseres lieben Bruders, Schwagers, Onkels, des Saalbesitzers
Anton Gieshoit
sagen wir unseren herzlichsten Dank.
Fr. Emma Gieshoit.
W. Gieshoit.
Marie Fröse,
109/14a geb. Gieshoit.

Dr. med. Grütering Haut-, Harn-, Unterleibsleid. b. Männ. u. Frauen, Blutunters. **Invalidenstraße 33,** Ecke Chausseestr., Stett. Bhf. Spr. Wochentäglich 11-4, ½5-½7.

Spezialarzt Dr. Haink Leipz. Str. 103, a. d. Friedrichstr. 10—1, 3—6, Sonnt. 11—1. **Haut- u. Harnleiden** jeder Art, **Blutuntersuch., Salvarsankuren.** Beste Medikamente. Schmerzl. erprobte Behandl. o. Berufsstör. Mäßiges Honorar, fast wieder Friedenspreis. **Spezialarzt**

Kupfer 825 **Rotguß 750** Messing 400, Aluminium 600, Zink, Blei 225, W. Lager b. 2000, Quecksilb. 3500, Zinn b. 3000. **Lothringer Str. 23.** Gültig bis Dienstag, 27. Juli.

Unsägliches Elend liegt heute auf vielen Eheleuten und namentlich auf allen, denen die heutigen Verhältnisse eine baldige Heirat unmöglich machen. Verlangen Sie gegen Einsendung v. M. 1,- Aufklärung in geschlossenem Umschl. v. Faust-Verlag, Dessau 21

Alte Weinstuben J. F. Rauch Friedrichstr. 11, Brunnenstr. 174 neb. Gold-Busse, Gr. Frankfurter Str. 112 neben Jandorf, Invalidenstr. 164. Engros: N 4, Bergstr. 34. Tel.: Nord. 8214. **Billige Bowlenweine Eierlikör „Advokat"** **Derby-Cognac**

Boxer, schwarzbraun, weiße Brust, auf Lux hörend, abhanden gekommen. Für Wiedererlangung hohe Belohnung. 82/1b **Mohr,** Schloßplatz 3.

Stellenangebote

Für den Agitationsbezirk Hessen-Nassau werden **zwei tüchtige Parteisekretäre** gesucht. Reflektiert wird auf gute Kräfte, die größere Verwaltungsbezirke agitatorisch zu bearbeiten haben. Rednerische Befähigung und Erfahrung in der Verwaltungsarbeit Voraussetzung für die Anstellung. Bewerbungen, die Angaben über die bisherige Tätigkeit und Gehaltsansprüche enthalten, sind mit der Aufschrift „Bewerbung" zu richten an
Paul Röhle, Bezirkssekretär,
230/18* Frankfurt a. M., Allerheiligenstr. 57 I.

Fabrik-Portier umsichtiger, energischer und durchaus erfahrener, mit allerbesten Zeugnissen gesucht. Bewerbungen von ehrenhaften Leuten erwünscht unter Chiffre P. 4 Hauptexped. des Vorwärts. 1530b

Die Sicherung Ostpreußens.

Berlin, 22. Juli. Nach einer Meldung der Telegraphen-Union hat die deutsche Regierung an die Alliierten eine Note gerichtet, in welcher mit Rücksicht auf die politischen Vorgänge im Osten die Sicherung der deutschen Ostgebiete angezeigt wird. In Ostpreußen soll der Grenzschutz aus Einwohnern gebildet werden, während die Abstimmungsgebiete militärischen Schutz erhalten. Die deutsche Regierung hat sich zu diesem Schritt veranlaßt gesehen, um die Alliierten in die Lage zu setzen, das deutsche Vorgehen in dieser Angelegenheit richtig zu bewerten. Die deutsche Regierung steht auf dem Standpunkt einer strikten Durchführung ihrer neutralen Haltung.

Litauischer Vorschlag an Sowjetrußland.

Kowno, 21. Juli. (Litauische Telegr.-Agentur.) Um alle möglichen Konflikte zwischen den russischen Truppen in den von Polen geräumten Gebieten Litauens und der litauischen Regierung zu vermeiden, verlangte der litauische Minister des Aeußern von der Moskauer Regierung die Annahme bestimmter Bedingungen. Danach dürfen die russischen Truppen eine von den beiderseitigen Heeresleitungen noch festzusetzende Demarkationslinie nicht überschreiten. Die Zivilverwaltung soll vollständig in den Händen der Litauer liegen. Die Russen dürfen nur in militärischer Hinsicht unbedingt erforderliche Verkehrslinien, Militärdepots und andere Gebäude beschlagnahmen. Weiter wird gesagt, daß nur durch strenge Befolgung der Bedingungen alle Konflikte zwischen den beiden Regierungen verhütet werden könnten.

Russisch-litauischer Streit um Wilna.

London, 22. Juli. (WTB.) Nach einer „Times"-Meldung aus Kowno dauert der Streit der Bolschewisten und Litauer um Wilna an. Die Bolschewisten weigern sich, die Stadt zu räumen und haben unter dem Vorwande der militärischen Notwendigkeit dort eine Zivilverwaltung eingerichtet. Die Litauer haben gegen diese Maßnahme Protest eingelegt und weigern sich, ihre Truppen in Wilna unter das Kommando der Bolschewisten zu stellen.

Katzenjammer in Warschau.

Rotterdam, 22. Juli. „Times" meldet aus Warschau: Der Umstand, daß die Antwort der Bolschewisten auf das polnische Waffenstillstandsangebot noch nicht eingetroffen ist, verursacht in Polen Beunruhigung. Die Polen glauben, daß die Bolschewisten möglichst große Vorteile aus der militärischen Lage ziehen wollen, die ihnen im Augenblick sehr günstig ist. Amtliche polnische Kreise sind sich darüber klar, daß die von England geleistete Hilfe nur aus Kriegsmaterial bestehen wird. Vielleicht werden auch Freiwillige nach Polen gehen; aber wie verlautet, ist nirgends die Rede von der Absendung eines englischen Expeditionsheeres.

Die Ententehilfe: Untersuchungskommissionen!

Paris, 22. Juli. Die französische und die englische Regierung werden Kommissionen nach Polen zur Prüfung der dortigen Lage entsenden; der englischen Mission wird der englische Botschafter in Berlin angehören.

•

Paris, 22. Juli. Die französische Mission, die zur Prüfung der Lage nach Polen entsandt wird, besteht aus dem französischen Botschafter in Washington, Jusserand, dem Generalstabschef des Marschalls Foch, sowie dem Botschafterrat Vignon vom Kabinett Millerand. Die englische Mission besteht aus dem englischen Botschafter in Berlin, Lord d'Abernon, dem General Ratcliffe und Sir Maurice Hankey, dem Leiter des politischen Sekretariats Lloyd Georges. Die beiden Missionen haben heute abend Paris verlassen.

•

London, 22. Juli. (Meldung des Hollandsch Nieuwsbureau.) Nach der Rede von Lloyd George im Unterhause erklärte Asquith, auch er erblicke eine ernste Gefahr für den Weltfrieden in der Vernichtung Polens. Es wäre auch eine große Gefahr, wenn die Sowjetregierung ihre große politische Macht bis zur deutschen Grenze ausdehnen könne.

Bolschewistenpropaganda bei den Arabern?

Amsterdam, 22. Juli. (WTB.) Wie „Telegraaf" aus London meldet, berichtet ein aus Damaskus zurückgekehrter englischer Journalist, daß der Bolschewismus unter den Arabern schnelle Fortschritte mache. Ein Sendschreiben von Lenin und Trotzki, das die Unabhängigkeit der Araber anerkennt, werde überall von der Bevölkerung begierig gelesen.

Karte zum militärischen Zusammenbruch Polens.

Das Weichselgebiet will deutsch bleiben.

Marienwerder, 22. Juli. Gestern fand im ganzen Weichselgebiet eine Massengundgebung der Bevölkerung statt, um gegen die von den Polen erhobene Forderung auf Abtretung dieses Landstreifens an Polen Protest zu erheben. Es wurde eine Erklärung angenommen, die von 4000 Frauen und Männern unterzeichnet ist und in der es heißt:

„Die wirtschaftliche und geographische Lage der an der Weichsel gelegenen Gemeinden verbietet die gewaltsame Auslösung einzelner Gemeinden aus dem natürlichen wirtschaftlichen Zusammenhang und bestehenden Reichsverband. Einig mit dem gesamten west- und ostpreußischen Abstimmungsgebiet erklären sich die am 21. Juli versammelten Bewohner der Weichselniederung, daß sie auch die kleinste Gebietsabtretung an Polen als eine Vergewaltigung des von den alliierten und assoziierten Mächten feierlich verkündeten Selbstbestimmungsrechts der Völker und als eine Verletzung des Geistes des Friedensvertrages von Versailles ansehen werden."

Ebenso wie die deutsche beteiligte sich auch die polnische Bevölkerung, die am 11. Juli für Polen stimmte, an dieser Erklärung.

Wilson beruft den Völkerbund ein.

Für den 15. November in Genf.

London, 22. Juli. (T. U.) Der Generalsekretär des Völkerbundes hat vom Präsidenten Wilson folgendes Telegramm erhalten: Infolge des Beschlusses des Völkerbundes, eine Generalversammlung des Völkerbundes einzuberufen, habe ich die Ehre, gemäß den Bestimmungen des Artikels 5 der Bundesstaaten die Generalversammlung des Bundes nach der Stadt Genf, dem Sitz des Völkerbundes, auf den 15. November, vormittags 11 Uhr, einzuberufen.

Wie Kappisten verfolgt werden.

Vor einiger Zeit brachten wir eine Notiz, die sich mit Vorgängen in Ostpreußen während der Kapp-Tage befaßte. Wir konnten mitteilen, daß ein übereifriger Anhänger Kapps, der Seminardirektor Fürstenau in Ragnit, sich seinerzeit beeilte, Kapp zum Gelingen seines Verbrechens telegraphisch zu beglückwünschen, und daß dies Telegramm, obwohl das Reichspostministerium damals die Abnahme und Versendung von Glückwunschtelegrammen wegen Ueberlastung der Telegraphenleitungen ganz allgemein verboten hatte, auf Anordnung der Oberpostdirektion in Gumbinnen doch befördert worden ist. Diese Notiz hat die Aufmerksamkeit der Behörden gefunden, was an und für sich durchaus erfreulich ist. Wer nun aber meint, daß sich diese Aufmerksamkeit dem kappistischen Seminardirektor oder dem betreffenden Beamten der Oberpostdirektion zuwendet, und wer da glaubt, man würde diese zur Verantwortung ziehen, der befindet sich in einem schweren Irrtum. Getreu dem Grundsatz unserer republikanischen Behörden, die Kappisten zu schützen, wo und wie es nur geht — wie die sogenannten Untersuchungsausschüsse (besser Vertuschungsausschüsse) der Behörden arbeiten, pfeifen nachgerade alle Spatzen von den Dächern — ist nach unserer Kenntnis auch in diesem Fall gegen die Belasteten noch nichts geschehen.

Dafür hat aber der Staatsanwalt in Tilsit — auf Ersuchen der Postbehörde??? — ein Verfahren anhängig gemacht, um herauszubekommen, ob ein Beamter des Postamts in Ragnit der Urheber unserer Notiz gewesen ist! Mit anderen Worten, man sucht einen Sündenbock, um die Aufmerksamkeit von dem eigentlichen Straffälligen abzulenken und diesen entwischen lassen zu können. Zu seiner Beruhigung wollen wir dem Herrn Staatsanwalt mitteilen, daß wir die betreffende Mitteilung, die doch offenbar zutrifft, nicht aus den Kreisen der Ragniter Postbeamten erhalten haben. Um die Sache mit dem Telegramm publik zu machen, war es auch gar nicht erforderlich, daß diese Beamten aus der Schule plauderten. Das hat Herr Fürstenau selbst zur Genüge besorgt, indem er den Vorfall jedem, der es wissen wollte, erzählte. Der Herr Staatsanwalt wird also gut tun, anstatt Unbeteiligte durch überflüssige Ermittelungsverfahren zu beunruhigen und zu drangsalieren, seine Aufmerksamkeit darauf zu richten, daß wirklich Schuldige ihrer Strafe zugeführt werden.

Die Taktik der Stinnes-Leute.

Duisburg, 22. Juli. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts".) In der Stadtverordnetensitzung äußerte sich der Stinnes sehr nahestehende Großindustrielle Klöckner in sehr scharfer Weise über das Kohlenabkommen von Spa. Er erklärte, daß das projektierte Kommunalunternehmen der Stadt Duisburg am besten unterbliebe, weil das Kohlenabkommen von Spa das Todesurteil des Ruhrgebiets bedeutet. Von sozialdemokratischer Seite wurde ihm entgegnet, diese Auffassung sei viel zu pessimistisch. Die Arbeiterschaft würde sich die Versklavung durch die Entente nicht gefallen lassen.

Der Stahl- und Kohlenmagnat Klöckner, der dem Stinneskonzern angehört, war einer der Schöpfer der annexionistischen Denkschrift der rheinischen Industrieverbände. Auch er hat die Deportationen belgischer Arbeiter befürwortet und sich an der Liquidation belgischer Industrieunternehmen ganz gewaltig bereichert. Aehnlich wie Stinnes versucht er nun die Lage schwarz in schwarz zu malen und hofft vielleicht damit die Arbeiterschaft des Ruhrreviers zu entmutigen und somit letzten Endes die Besetzung des Industriegebietes durch die Franzosen doch herbeizuführen, nachdem ihm und seinen Freunden dieses vaterländische Unternehmen in Spa nicht geglückt ist.

Serbische Kabinettskrise. Die Belgrader Blätter melden, daß das Kabinett demissioniert hat. Dr. Wesnitsch ist mit der Neubildung beauftragt.

Um Bela Khun.

Oesterreich lehnt den Rücktransport ab. — Energische Antwort auch an Ungarn.

Berlin, 22. Juli. (WTB.) Die österreichische Regierung hat der deutschen Regierung durch die hiesige österreichische Gesandtschaft mitteilen lassen, daß sie sich weigert, den Kriegsgefangenentransport über die deutsch-österreichische Grenze zurückzulassen. Infolgedessen ist die Rückbeförderung des Transportes vorläufig eingestellt und sind die kriegsgefangenen Russen nebst den politischen Personen, die dem Transport angeschlossen worden waren, in der Nähe von Stettin untergebracht worden.

Die Entscheidung über die weitere Behandlung des Transportes wird getroffen werden, sobald festgestellt ist, ob die österreichische Regierung auf ihrem Standpunkt beharrt.

Wien, 22. Juli. Die „Staatskorrespondenz" veröffentlicht eine Erklärung, wonach der ungarische Geschäftsträger gestern dem Staatssekretär des Aeußern Dr. Renner im Namen der ungarischen Regierung mitteilte, daß diese mit Entrüstung davon Kenntnis erlangt habe, daß Bela Khun auf Verlangen der Sowjetregierung die Abreise ermöglicht worden sei.

Der Staatssekretär erwiderte dem Geschäftsträger, daß Oesterreich auf Grund der Vereinbarungen, die vor dem Sturze der Räteregierung zwischen antibolschewistischen konservativen Kreisen Ungarns und der österreichischen Regierung unter Vermittlung von Vertretern der Entente getroffen wurden, Bela Khun Asylrecht gewährte, um eine blutige Katastrophe in Budapest zu vermeiden. Die österreichische Regierung habe somit im Interesse Ungarns auf Ersuchen ungarischer Kreise die Last dieses Asyls auf sich genommen, obwohl sie vom ersten bis zum letzten Tage des ungarischen Räteregimes mit diesem in schwerem Konflikt lebte. Die heutige ungarische Regierung, erklärte Renner, behandelt die Mitglieder der Räteregierung als Verbrecher, was ihre Sache ist. Dieselben Männer werden jedoch von Rußland, mit dem wir nicht minder im Frieden leben wollen wie mit Ungarn, als verbündete Regierung behandelt. Ihre Freiheit wird als Bedingung für die Rückgabe unserer Kriegsgefangenen gestellt. Oesterreich will an diesem Streit nicht teilnehmen, es sucht bloß die Interessen seiner Staatsbürger zu wahren. Von Ungarn verankaßt, haben wir Bela Khun Asylrecht gewährt und unser Versprechen gehalten, so lange das Asyl beansprucht wurde. Selbstverständlich haben wir die Interessen unserer Kriegsgefangenen den Angelegenheiten fremder Staatsbürger vorzustellen. Wir haben somit die Rechte Ungarns in keiner Weise beeinträchtigt.

Das neue ungarische Kabinett.

Budapest, 22. Juli. (Ungar. Telegr.-Korresp.-Büro.) Der Reichsverweser hat auf Vorschlag des Grafen Teleki folgende Kabinettsliste angenommen: Präsident Teleki; Inneres Ferdinands; Finanzen Koranyi; Justiz Tomcsanyi; Kultus Haller; Handel Rubinek; Ernährungswesen Szabo von Nagyatad; Volkswohlfahrt Benard; Minister für nationale Minderheiten Bleyer; Minister für kleine Landwirte Szabo von Sokoropatka. Das Ministerium des Aeußern wird vorläufig durch den Ministerpräsidenten, das Ministerium für Ackerbau durch den Handelsminister geleitet.

Horthy-Justiz.

Budapest, 22. Juli. (Ungar. Telegr.-Korresp.-Büro.) Das Divisionsgericht Budapest hat nach 14tägiger Verhandlung Aurel Stromfeld, den Generalstabschef der Roten Armee, wegen Hochverrats und Aufruhrs zu 33 Monaten Gefängnis verurteilt.

Unterwerfung des Emir Fessal.

Paris, 22. Juli. Nach einer Havas-Meldung aus Beirut hat Emir Fessal folgende Punkte von General Gouraubs Bedingungen angenommen: Anerkennung des Mandats Frankreichs über Syrien, Frankreich erhält das Recht zuerkannt, über die Eisenbahnlinie Rayak—Aleppo zu verfügen, Besetzung von Aleppo und der Bahnstationen zwischen Aleppo und Rayak, sofortige Einstellung der Zwangsaushebungen, die Armee des Scherifen auf die Stärke vom 1. Dezember 1919 zurückzuführen. Das syrische Geld erhält Kurswert, Bestrafung der Urheber der gegen französische Soldaten begangenen Attentate.

Paris, 22. Juli. Nach einer Havas-Meldung aus Beirut hat General Gouraud eine Proklamation an die Bevölkerung der Städte Homs, Aleppo, Hama und Damaskus erlassen, um die Bevölkerung, die für Ordnung und Frieden ist, aufzufordern, sich den Franzosen anzuschließen, deren Absicht es sei, die Extremisten zur Ruhe zu bringen, die seit langem die Entwicklung des Landes verhinderten.

Amsterdam, 22. Juli. „Times" erfahren aus Kairo: Der König von Hedschas hat in einem Telegramm an Lloyd George seiner Ueberraschung und Entrüstung über die rücksichtslose Politik der Franzosen in Syrien Ausdruck gegeben und um Intervention Englands gebeten. Der König sagte, er sei nicht imstande, die Brüder des Emir Fessal daran zu hindern, dem Emir zu helfen.

Letzte Nachrichten.

Raubmord in einem Hotel am Anhalter Bahnhof.

In dem Hotel Münchener Hof in der Königgrätzer Str. 34 stieg gestern vormittag ein Paar ab, das sich als Kaufmann Hermann Bartels und Frau aus Oderberg in das Fremdenbuch eintrug. Nachmittags gegen 5½ Uhr kam ein Herr, der Bartels zu sprechen wünschte. Er wurde von dem angeblichen Ehepaar empfangen. Etwa eine halbe Stunde später hörte ein Zimmermädchen einen Schrei. Sie teilte ihre Wahrnehmung dem Kellner mit. Dieser betrat das Zimmer und nahm einen scharfen Geruch wahr und sah einen Mann regungslos auf dem Fußboden liegen. Die Hände waren ihm mit einem Tischläufer über dem Kopf gefesselt, die Beine mit einem Handtuch zusammengebunden und außerdem hatte er noch einen Knebel im Mund. Der Hotelwirt benachrichtigte das zuständige Polizeirevier und einen Arzt. Der erschienene Arzt stellte fest, daß der starke Geruch von Aether herrührte. Eine leere Flasche wurde auch noch im Schrank gefunden. Der Zimmerinhaber und seine angebliche Frau scheinen das Gift benutzt zu haben, um den Besuch zu betäuben. Als die gewünschte Wirkung dann aber nicht schnell genug eintrat, haben sie ihm Knebel in den Mund gesteckt und Hände und Füße gefesselt. Die Leiche wurde dem Schauhause überwiesen. Die Ermittelungen ergaben, daß der Ermordete wahrscheinlich ein Kaufmann Paul Wolfner aus der Prinzenstraße 89 ist. Er ist offenbar von dem angeblichen Bartels zum Abschluß eines großen Geschäftes nach dem Hotelzimmer bestellt worden, um ihn dort zu überfallen, zu betäuben und zu berauben. Der Mörder hat sein Opfer auch vollständig ausgeplündert. Die Kriminalpolizei fahndet jetzt auf das angebliche Ehepaar. Der Mann ist etwa 26 Jahre alt und schlank, hat schwarzes, gescheiteltes Haar und einen schwarzen Schnurrbart, seine Begleiterin ist ungefähr ebenso alt und mittelgroß, hat gekräuseltes Haar und trug einen großen, breiten schwarzen Hut und schwarze Halbschuhe. Der Staatsanwalt hat auf die Ergreifung der Täter eine Belohnung von 5000 Mark ausgesetzt.

Gewerkschaftsbewegung

Arbeitslosigkeit — Ueberstundenunwesen — Achtstundentag!

Der Zentralverband der Angestellten schreibt uns:

Nach der Verordnung vom 12. 3. 19 darf die Arbeitszeit der Arbeiter und Angestellten 8 Stunden am Tage nicht überschreiten. Diese Verordnung enthält in § 4 Ziffer 2 eine Ausnahmebestimmung. Hiernach ist für Arbeitsleistungen im öffentlichen Interesse die Arbeitszeit unbegrenzt. Der Begriff öffentliches Interesse wird häufig nicht so ausgelegt, wie in der Verordnung vom 12. 3. vorgesehen. Das Unternehmertum nutzt diese Ausnahmebestimmung weidlich aus und man muß sich wundern, daß der Demobilmachungs-Kommissar, Viktoriastr. 24, eine Stelle, die mit dazu beitragen soll, die wirtschaftlichen Verhältnisse nach dem Kriege in geordnete Bahnen zu lenken, also auch der Arbeitslosigkeit zu steuern, ihre Genehmigung zur ausgiebigen Ueberstundenarbeit gibt.

Wenn man durch die Straßen Berlins geht, so wird man in den großen Bankhäusern sowie deren Filialen selbst in dieser heißen Jahreszeit die Angestellten dort noch oft nach 8 Uhr bei der Arbeit sitzen sehen; sie haben ihre achtstündige Arbeitszeit weit überschritten.

Im Versicherungsgewerbe ist wieder die Heimarbeit an der Tagesordnung. Hier gibt es Angestellte, die weit über ihre Tagesarbeitsleistung sich Arbeit mit nach Hause nehmen und bis in die Nacht hinein Arbeit leisten und das alles, wo eine so ungeheure Arbeitslosenziffer besteht.

Allein auf dem kaufmännischen Arbeitsnachweis der Stadt Berlin sind über 8000 männliche und 1500 weibliche Arbeitslose gemeldet. Hiermit sind bei weitem nicht alle arbeitslosen kaufmännischen Angestellten erfaßt; denn eine Reihe arbeitsloser kaufmännischer Angestellten meldet sich nicht bei diesem Arbeitsnachweis. Hinzu kommt, daß viele kaufmännische Betriebe bereits mit verkürzter Arbeitszeit und verkürztem Lohn arbeiten. Angesichts dieser Tatsachen sollten die Angestelltenräte solcher Betriebe, in denen Heimarbeit an kaufmännische Angestellte hergegeben und Ueberarbeit über die gesetzlichen Vorschriften hinaus geleistet wird, darauf hinwirken, daß stellungslose Angestellte zur Verrichtung dieser Arbeiten eingestellt werden.

Die Behörden, die mit darüber zu entscheiden haben, ob die Arbeiten, die im öffentlichen Interesse notwendig sind, nach der gesetzlich festgelegten achtstündigen Arbeitszeit geleistet werden, sollten mehr ihr Interesse der jetzigen Arbeitslosigkeit zuwenden und nicht bei den Untersuchungen, ob öffentliches Interesse vorliegt, den Einwand erheben, daß Raummangel eine weitere Einstellung von Arbeitskräften unmöglich macht.

In vielen Fällen ist es möglich, eine Schichtarbeit einzuführen, es wäre dann eine Anzahl stellungsloser, kaufmännischer Angestellten untergebracht und die Erwerbslosenfürsorge entlastet.

Den Angestellten, die diese Ueberstundenarbeit in den Banken und anderen Betrieben leisten, rufen wir zu:

„Macht ein Ende mit Eurer Ueberstundenarbeit, denkt an Eure arbeitslosen, hungernden Kollegen und Kolleginnen."

Die gescheiterten Schlichtungsverhandlungen im Versicherungsgewerbe.

Zu der durch WTB. verbreiteten Notiz erklären die drei Spitzenorganisationen, daß die Ablehnung des Schiedsgerichts keinesfalls ihre Ursache in dem verkündeten Beschluß des Schiedsgerichts habe. Sie erfolgte vielmehr lediglich deshalb, weil Herr Dr. Foth als Vorsitzender des Schiedsgerichts, ehe dasselbe sich zurückzog, sich ausdrücklich als Schöpfer der Ortsklasseneinteilung der Banken bekannte. Zu den Anträgen der Angestelltenorganisationen, die sich gegen die Einteilung als solche richteten, bemerkte Herr Dr. Foth, die besonderen Verhältnisse der neutralen Zone, des besetzten Gebietes und der Abstimmungsgebiete seien in der Ortsklasseneinteilung bereits zum Teil berücksichtigt. Herr Dr. Foth sei also in diesem Fall zweifelsohne als Vater dieser Ortsklasseneinteilung Partei und könne unmöglich über sein eigenes Erzeugnis zu Gericht sitzen.

Die Arbeitsgemeinschaft der Angestellten in der keramischen Industrie Deutschlands hielt dieser Tage ihren zweiten Reichsdelegiertentag ab. Ueber 400 Delegierte aus allen Teilen des Reiches hatten sich eingefunden. Von den Organisationen war u. a. die Afa vertreten. Der Vorsitzende Schwoher erstattete in längeren Ausführungen den Jahresbericht seit der am 22. Juni 1919 erfolgten Gründung der Arbeitsgemeinschaft. Hieran schlossen sich die Berichte der Vorsitzenden der Abteilungen: Mitteldeutschland I und II und der Abteilung Ostdeutschland.

Seit dem Scheitern des Reichstarifs war es nur für Bayern und Groß-Berlin möglich, Bezirkstarife zustande zu bringen, während in Schlesien sowie in Thüringen nur Orts- und Haustarife abgeschlossen werden konnten. Im Verlauf der Tagung wurde eine Entschließung angenommen, in der es heißt: Die versammelten Angestellten der keramischen Industrie betonen, daß vor einer bedeutenden Senkung der Lebensmittelpreise ein Preisabbau in der keramischen Industrie nicht von der Kürzung der zurzeit bezahlten oder zuständigen Gehälter abhängig gemacht werden kann. Die gesamte Angestelltenschaft kann es den Unternehmern nicht vergessen, daß sie in Zeiten der Hochkonjunktur, in welcher Unternehmungen der keramischen Industrie Gewinne in noch nie dagewesener Höhe herauswirtschaften konnten, den größten Entbehrungen ausgesetzt war. Es liegt bei den kommenden Tarifverhandlungen in der Hand der Arbeitgeber, daß die berechtigte Verbitterung nicht noch stärker in weiteren Kreisen Platz greift.

Die versammelten Delegierten der Angestellten der keramischen Industrie Deutschlands fordern von den Arbeitgeberverbänden unverzüglichen Abschluß von Bezirkstarifverträgen. Die Angestellten gründen ihre Forderung auf die Vereinbarung zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden vom 15. November 1918. Die Arbeitgeberorganisationen einiger Bezirke haben den Abschluß bezirklicher Verträge abgelehnt. Die Spitzenorganisationen der Angestellten werden beauftragt, bei der Reichsarbeitsgemeinschaft die Forderung der Angestellten zu vertreten und die Arbeitgeberverbände vor die Reichsarbeitsgemeinschaft laden zu lassen, um eine Aenderung des unhaltbaren Standpunktes herbeizuführen.

Eine Betriebsversammlung der gesamten Arbeitnehmerschaft der Jüdischen Gemeinde beschäftigte sich am 21. Juli eingehend mit den Besoldungsverhältnissen der Angestelltenschaft. Die Versammlung nahm folgende Resolution an:

„Die am 21. Juli im Plenarsitzungssaal, Rosenstr. 2/4, versammelten Beamten, Angestellten und Arbeiter, die gesamte Arbeitnehmerschaft der Jüdischen Gemeinde zu Berlin erheben in Erwägung der äußerst drückenden wirtschaftlichen Notlage aller Angestellten und in Erwägung dessen, daß von irgendwelcher nennenswerter Verbilligung der Lebenshaltung noch nichts zu spüren ist, an den Gemeindevorstand und an die Repräsentantenversammlung die Forderung, unverzüglich die Besoldungsordnung des Magistrats der Stadt Berlin für sie in Wirksamkeit zu setzen und sofort einen Vorschuß von 1000 M. zu bewilligen. Die Versammelten sind fest entschlossen, falls innerhalb zehn Tagen ihre Wünsche keine Befriedigung erfahren haben, vor keinem Mittel, auch nicht vor der Arbeitsniederlegung zurückzuschrecken, um sich eine menschenwürdige Existenz zu erringen."

Außerdem wurde eine Kommission von fünf Mitgliedern gewählt, die die Verhandlungen und die Interessen ihrer Auftraggeber bis zur letzten Konsequenz wahrzunehmen hat.

Die in der Versammlung anwesenden Vertreter der Gewerkschaften haben die weitgehendste Unterstützung zugesagt.

Rechtsverbindliche Tarifverträge. Der zwischen dem Deutschen Transportarbeiterverband, Bezirk Groß-Berlin, und dem Verband der Berliner Kohlengroßhändler am 8. Mai 1920 abgeschlossene weitere Nachtrag zu dem allgemein verbindlichen Tarifvertrag vom 12. Mai 1919 zur Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der im Kohlenhandelsgewerbe beschäftigten gewerblichen Arbeiter ist für das Gebiet Groß-Berlin mit Wirkung vom 3. Mai dieses Jahres gleichfalls für allgemein verbindlich erklärt. Desgleichen ist der zwischen dem Deutschen Musikerverband, Ortsverwaltung Berlin, dem Interessenverband des Gastwirtgewerbes und verw. Betriebe E. V., dem Verein Berliner Hotelbesitzer E. V., der Gastwirteinnung zu Berlin, der Gastwirteinnung des Kreises Teltow und der Stadtbezirke Schöneberg, Neukölln und Wilmersdorf, dem Provinzialverband des Deutschen Gastwirtsverbandes E. V., dem Verband der Gast- und Schankwirte Deutschlands, dem Verband der Gast- und Schankwirte für Berlin und die Provinz Brandenburg und dem Verein der Saal- und Konzertlokalinhaber von Berlin und Umgegend am 31. März 1920 abgeschlossene Tarifvertrag zur Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der Musiker in Gaststätten für das Gebiet Groß-Berlin mit Wirkung vom 1. Juni 1920 für allgemein verbindlich erklärt.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Sonnabend, den 24. Juli abends 6½ Uhr: Branchen-Versammlung der Kesselschmiede und Helfer Groß-Berlins in Schulz' Prachtsälen, Königsgraben 2, am Alexanderplatz. Tagesordnung: Wahl eines Delegierten zur Reichskonferenz; Branchenangelegenheiten; Abrechnung vom Vergnügen; Verschiedenes.

Zentralverband der Maschinisten und Heizer. Sonnabend, den 24. Juli, abends 6 Uhr, Gewerkschaftshaus, großer Saal, außerordentliche Mitgliederversammlung. 1. Kohlennot und wirtschaftliche Ausnützung der Brennstoffe (Experimentalvortrag des Herrn Oberingenieurs Spitznas, Leiter der staatlichen Heizerkurse). 2. Verschiedenes. Auch nicht bei uns organisierte Berufskollegen haben Zutritt. Die Ortsverwaltung.

Soziales.

Gegen das Gutachten des Kassenarztes.

Eine allgemein interessierende Auffassung vertrat die Allgemeine Ortskrankenkasse der Stadt Berlin kürzlich dem Versicherungsamt gegenüber bezüglich des Gutachtens des Kassenarztes Dr. F.

Das Mitglied der Kasse, ein Fräulein Martha R., war längere Zeit arbeitsunfähig krank in Behandlung des Dr. F. Im April 1919 hielt Dr. F. eine Aufenthaltsveränderung für das Mitglied dringend notwendig und beantragte bei der Kasse einen dreiwöchigen Landaufenthalt. Da das Mitglied in einem kleinen Krankenhaus beschäftigt war und es dortselbst als arbeitsunfähig nicht verbleiben konnte, gab es auf der Kasse die Erklärung ab, daß es bis zur Entscheidung über den Landaufenthalt weiterarbeiten müsse, da die Raumverhältnisse ein Verbleiben in dem Krankenhaus bei Arbeitsunfähigkeit nicht gestatten. Bei der Nachuntersuchung des Mitgliedes durch den Vertrauensarzt der Kasse wurde der beantragte Landaufenthalt für nicht notwendig erachtet, da das Mitglied ja weitergearbeitet habe und demnach nicht krank sein könnte.

Gegen diesen Bescheid erhob das Mitglied Einspruch bei dem Versicherungsamt der Stadt Berlin mit der Begründung, daß aus der augenblicklichen Fortsetzung der Arbeit sich ein Verstoß gegen den § 24 der Geschäftsanweisung der Berliner Kassenärzte, welchen die Kasse für die Verweigerung des Landaufenthaltes anführte, nicht herleiten lasse; auch die Landesversicherung könne ihre Antragsteller nicht gleich verschicken, dieselben müßten vielmehr ihrer beruflichen Tätigkeit so kleine Zeit lang nachgehen, ohne deshalb weniger krank zu sein. Die Fortsetzung der Arbeit sei lediglich aus einer Zwangslage erfolgt, denn die Aufnahme in einem Krankenhause für die Zeit bis zur Entscheidung über den Landaufenthalt seitens der Kasse wäre für das Mitglied unnützer Zeitaufwand gewesen. Nach Einholung eines erneuten Gutachtens seitens des Versicherungsamts von Dr. F. entschied das Versicherungsamt im Juni dieses Jahres, daß der Einspruch zu Recht besteht und die Kasse zur Nachzahlung des Krankengeldes für die Dauer von drei Wochen, welche das Mitglied auf eigene Kosten verbracht hatte, verpflichtet sei.

Gerichtszeitung.

Unnötige Geld- und Zeitvergeudung

macht sich in letzter Zeit vielfach bei den Moabiter Gerichten geltend. — Nach den Vorschriften der Strafprozeßordnung muß zwischen dem Tage der Zustellung der Ladung eines Angeklagten zu dem Hauptverhandlungstermin und diesem Termin selbst eine gewisse Frist, die sogenannte Ladungsfrist, liegen. Da die Termine infolge der bekannten und durch Beamtenmangel noch verschärften Ueberlastung der Gerichte schon mehrere Monate vor dem Verhandlungstage angesetzt werden, so kommt es in letzter Zeit leider sehr häufig vor, daß seitens der Gerichtsschreibereien die Ladungen der Angeklagten erst kurz vor dem Termin selbst hinausgeschickt werden. Dies hat zur Folge, daß der ganze umfangreiche Apparat umsonst aufgeboten wird, wenn der betreffende Angeklagte plötzlich erklärt, daß er auf Einhaltung der Ladungsfrist nicht verzichte.

So sollte u. a. ein umfangreicher Strafprozeß vor der Ferienstrafkammer des Landgerichts I verhandelt werden. Es waren erschienen zwölf Angeklagte, etwa 20 Zeugen und Sachverständige, welche ebenso wie die sieben Verteidiger zum Teil ihren Sommerurlaub unterbrechen mußten und von weit hergekommen waren. Angeklagt wegen Diebstahls, Anstiftung dazu, Urkundenfälschung und Hehlerei waren der Speditionslehrling Walter Kompisch, dessen Bruder Kurt K., der Kaufmann Gustav Müller, der Kaufmann Georg Springer und acht andere Personen. — Bei Beginn der Verhandlung machte Rechtsanwalt Dr. Gollnick geltend, daß die Ladungsfrist bei seinem Mandanten nicht gewahrt sei und dieser nicht auf Einhaltung verzichte. Auch von Rechtsanwalt Dr. Schwindt wurde auf ein weiteres Versehen der Gerichtsschreiberei hingewiesen, welches darin liege, daß das Gericht schon im Mai beschlossen habe, den Angeklagten Kompisch durch den Geheimrat Dr. Mönnich auf den Geisteszustand untersuchen zu lassen. Weder sei der Beschluß ausgeführt noch sei der Sachverständige geladen worden.

Dem Gericht blieb unter diesen Umständen nichts anderes übrig, als die Sache zu vertagen, obwohl ein Teil der geladenen Personen aus Kissingen, Norderney, Swinemünde usw. extra zu diesem Termin nach Berlin gekommen war. — Wir haben es ja dazu!

Jugendveranstaltungen.

Heute ½8 Uhr:

Wahlsdorf: Jugendheim Walderseestraße, Schule. Dichterabend. — **Moabit:** Jugendheim Roonstr. 53. Vortrag: Die sozialistischen Parteien. — **Niederschönhausen:** Jugendheim, 1. Gemeindeschule, Blankenburger Straße 69/70. Diskussionsabend. — **Nordosten:** Jugendheim Pasteurstraße 44/46, Aula der Oberrealschule. Vortrag: Die Entstehung der Erde. — **Osten-Petersburger Viertel:** Jugendheim Strasmannstr. 20. Diskussionsabend: Unsere Spiele im Freien. — **Reinickendorf-Ost:** Jugendheim, 1. Gemeindeschule, Lette-Allee. Diskussion: Erfurter Programm. — **Spandau:** Jugendheim, Oberlyzeum, Askanierring. Leseabend. — **Süden:** Jugendheim, Gemeindeschule, Bülowstr. 10. Vortrag: Kunst und Proletariat. — **Treptow-Baumschulenweg:** Jugendheim Elsenstr. 3. Leseabend: Wilhelm Busch.

Verantw. für den redakt. Teil: Dr. Werner Peiser, Charlottenburg; für Anzeigen: Th. Glocke, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3.
Hierzu 1 Beilage.

Dujardin
der prachtvolle
französ. Cognac.
DUJARDIN & Cie G. m. b. H. ÜRDINGEN a/RH.
LAROCHELLE (COGNAC-CHARENTE MARITIME)

Ohne Rücksicht auf den bisherigen Preis
Angebot für die Zeit vom 7.–25. Juli

Sakkoanzüge
Serie I ..... M. 875.–
Serie II ..... M. 1075.–
Serie III ..... M. 1275.–

Ulster
Serie I ..... M. 875.–
Serie II ..... M. 1075.–
Serie III ..... M. 1275.–

Bunte Oberhemden mit passend. Kragen:
Serie I ..... M. 85.–
Serie II ..... M. 125.–
Serie III ..... M. 165.–

Herrenwäsche
Reinseidene Krawatten ..... von M. 15.– an
Sporthüte und Mützen ..... von M. 35.– an

Unsere fertige Kleidung ist ebenbürtig jeder Maßarbeit und aus besten englischen Stoffen hergestellt!
Auf alle anderen Artikel eine Preisermäßigung von 25%
Gebr. Wolff & Keller, Berlin W, Leipziger Straße 29 Ecke Friedrichstraße
Das Haus der Herrenmoden